

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Chefredakteur:
Erich Niffinghaus, Berlin.
Telefon: Amt 2404 4123/4124



Stellen für Verlag und Redaktion:
Berlin OS 61, Zehn-Milien-Platz 6
Telefon: Copalweg

Die Zeitung wird in Gabelberg
Druck und auf dem Grundbesitz der Reichsdruckerei, Berlin, gedruckt.
Der Druckbesitzer, wenn nicht anders verordnet, ist Eigentümer der Presse für alle Teile der Zeitung.

Berlin, den 18. Nov. 1932.

Int. Institut
Soz. Geschichte
Amsterdam

Ein neuer Skandal.

Verordnung gegen den Staatsgerichtshof.

SPD. Der geschäftsführende Reichskanzler von Papen ist seiner persönlichen Eigenart und seinen politischen Methoden bis zum Tage seines Rücktritts treu geblieben. Er hat den Reichspräsidenten zu einer neuen Notverordnung gegen Preussen veranlasst, die in ihrem Inhalt wie in ihrer Begründung ein echtes Produkt der "grundsätzlich neuen Staatsführung" nach dem System der Papenbarone ist. Er hat mit dieser Notverordnung den Reichspräsidenten in einer Weise festgelegt, die die Autorität des Reichspräsidenten auf das stärkste beeinträchtigen muss.

Diese Notverordnung muss auf der Grundlage ihrer Vorgeschichte verstanden werden. Der geschäftsführende Reichskanzler von Papen hat von jeher die Methode der Irreführung seiner Verhandlungspartner geliebt. Er hat am 20. Juli die preussischen Staatsminister berufen lassen, unter dem Vorwand, dass Landwirtschaftsfragen besprochen werden sollten. Nach dem Leipziger Urteil gab er sich den Anschein einer echten Verhandlung mit dem preussischen Ministerpräsidenten, aber während er mit ihm sprach, lag bereits die Verordnung gedruckt vor, die die Organisation der preussischen Regierung weitgehend veränderte. Ein zweites Mal fand eine sogenannte Verhandlung zwischen Herrn von Papen und dem preussischen Ministerpräsidenten statt, und diesmal war die grosse Massregelung republikanischer Beamter bereits beschlossen. Zum dritten Male wurde der preussische Ministerpräsident zu Verhandlungen mit dem Herrn von Papen eingeladen und zwar zum Donnerstag nachmittag. Da wurde ihm von Herrn von Papen eröffnet, dass er zu seinem Bedauern nicht mehr in der Lage sei, zu verhandeln, denn das Reichskabinet sei in der Krise. Zur selben Zeit aber hatte Herr von Papen bereits die neueste Notverordnung in der Tasche, mit der er sich selbst hundertprozentig recht gibt und seiner eigenen illoyalen Haltung bei der Ausführung des Leipziger Urteils das Siegel der Autorität des Reichspräsidenten aufdrückt!

Aus dieser Vorgeschichte ergibt sich, dass Einleitung und Begründung der neuesten Notverordnung gegen Preussen nicht mit den Tatsachen in Uebereinstimmung zu bringen ist. Es wird darin versichert, dass die Verhandlungen über die Ausführung des Leipziger Urteils ergebnislos verlaufen seien. Das eine Mal musste Herr von Papen die Verhandlungen vertagen, weil er verreisen wollte, das andere Mal konnte er nicht weiterverhandeln, da er bereits in der Demission war. Das heisst dann! "ergebnislos verlaufen", das wird dann als eine "Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung" angesprochen und mit der Autorität des Reichspräsidenten gedeckt! Damit hat der Herr von Papen seinem eigenen Charakterbild einen neuen Zug hinzugefügt. Er hat zugleich damit aber dem Reichspräsidenten einen ausserordentlich schlechten Dienst erwiesen! Denn von dem reaktionären Vorgehen in Preussen, von dem hartnäckigen

Festhalten an dem Kurs, den die Kommissare in Preussen eingeschlagen haben, ist fortan die Person des Reichspräsidenten nicht mehr zu trennen.

In Preussen triumphiert die Macht über das Recht. Ein deutschnationales Parteiregiment will die Verwaltung der ostelbischen Reaktion ausliefern, es will nicht ruhen, bis wieder mindestens vierzig Prozent der höheren Beamten in Preussen aus Adligen bestehen. Die neueste Notverordnung gibt den Kommissaren in Preussen alle Macht, alle Verfügungsgewalt. Es lässt der rechtmässigen Staatsregierung lediglich den Anspruch darauf, sich als rechtmässige Staatsregierung bezeichnen zu dürfen. Selbst die Ausübung der Befugnisse, die ihnen das Leipziger Urteil unstreitig zugestanden hat, wird ihnen mit allen Mitteln erschwert. Ein Kleinkrieg der bürokratischen Ranküne wird gegen sie geführt. Man versucht sie an allen Ecken und Enden lahmzulegen, ihr Ansehen geflissentlich zu beeinträchtigen. Mit kleinlichen und gehässigen Massregeln wird sie eingeengt, sei es in der Frage der Dienstwohnungen, in der Frage der Dienstzimmer, sei es bei der Heranziehung von Beamten und Akten. Die Autorität des Reichspräsidenten und des Artikel 48 wird für solche Dinge in Anspruch genommen! Es fehlte nur noch, dass in dieser Notverordnung auf Grund des Artikels 48 bestimmt würde, wo die rechtmässigen preussischen Staatsminister abends ihre Pantoffeln unterzustellen haben!

Was der rechtmässigen preussischen Staatsregierung damit zugemutet wird, ist eine unwürdige Briefträgerrolle, ein Schattendasein. Es soll ihr zum Bewusstsein gebracht werden, dass sie in Leipzig zwar Recht erhalten hat, dass die Macht aber auf der anderen Seite ist. Und die Macht wird nicht grosszügig, sondern kleinlich und gehässig angewandt! Das ist der echte Geist des reaktionären Kurses!

Das preussische Staatsministerium wird am Sonnabend über die durch diese neue Notverordnung geschaffene Lage beraten. Es hat die Möglichkeit, den Staatgerichtshof zum Schutze seines eigenen Urteils anzurufen. Das preussische Staatsministerium wartet als geschäftsführendes Ministerium auf seine Ablösung durch ein vom Landtag zu wählendes neues Ministerium. Rein politisch genommen handelt es sich für die rechtmässige preussische Regierung um eine Uebergangsfrage. Rechtlich aber handelt es sich um mehr, und rechtlich wird der Staatsgerichtshof durch diese neueste Notverordnung ungleich stärker berührt als das preussische Staatsministerium! Diese neueste Notverordnung lässt von dem Leipziger Urteil nur noch einen wesentlichen Schatten übrig. In dem politischen Bestreben des Kabinetts der Barone, die rechtmässige preussische Regierung auf eine Schattenrolle zu beschränken, ist dem Staatsgerichtshof eine noch wesenslosere und noch schattenhaftere Rolle zugewiesen worden, als der preussischen Staatsregierung. Auf Wunsch des zurückgetretenen Kanzlers des Kabinetts der Barone, durch eine Notverordnung des Reichspräsidenten!

Diese Notverordnung zeugt von der Absicht, den politischen Konflikt noch weiter zu verschärfen und einen noch tolleren reaktionären Kurs zu steuern. Je toller die Reaktion, umso stärker der Widerstand, und umso grösser am Ende der Zusammenbruch!

SPD. Braunschweig, 18. Nov. (Eig. Drahtb.)

Der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Thielemann hatte kürzlich an das braunschweigische Staatsministerium folgende Kleine Anfrage gerichtet: "Seit dem 25. Februar 1932 ist der Parteiführer Adolf Hitler aus München braunschweigischer Staatsbeamter. Als seine Einstellung in den braunschweigischen Staatsdienst und seine Ueberweisung an die braunschweigische Gesandtschaft in Berlin beschlossen wurde, betonte das Staatsministerium, dass Regierungsrat Hitler besonders für die braunschweigische Wirtschaft tätig sein solle. Ich frage das Staatsministerium, welche Aufträge hat Regierungsrat Hitler bisher der braunschweigischen Wirtschaft zuführen können und welche

Arbeiten hat er bisher überhaupt für den Staat Braunschweig geleistet?"
Finanzminister Kuchenthal hat darauf folgende Antwort gegeben: "Der Regierungsrat Hitler hat dem Herrn braunschweigischen Minister des Inneren (Klagges) nach dessen Mitteilung als Sonderberater in wirtschaftlichen Fragen, insbesondere in der Frage der Erhaltung des Unterharzer Erzbergbaus wertvolle Dienste geleistet."

Der Unterharzer Erzbergbau ist lediglich erhalten geblieben, weil Preussen und die Preussag sich für seine Erhaltung einsetzten und Zuschüsse gewährten. Der Staat Braunschweig hatte Zuschüsse abgelehnt. Klagges machte lediglich einen Vorschlag, ausländisches eingeführtes Erz durch deutsches Erz zu mischen. Ueber diesen Beimischungszwang lachten alle Fachleute. Vielleicht stammt dieser Vorschlag von dem Regierungsrat Adolf Hitler.

SPD. Der Reichspräsident hat am Freitag auf Grund des Artikels 48 Absatz 2 der Reichsverfassung eine neue Notverordnung gegen das preussische Staatsministerium erlassen. In der Begründung zu dieser unglaublichen und skandalösen Notverordnung heisst es, dass es eine erhebliche Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung bedeute, dass eine Einigung zwischen dem Reichskanzler als Reichskommissar und dem Preussischen Ministerpräsidenten nicht zustande gekommen sei.

In der Verordnung selbst werden die Zuständigkeiten diktatorisch geregelt. Es wird den Kommissaren das Recht zugesprochen, sich als das Preussische Staatsministerium oder als preussische Staatsminister zu bezeichnen. Den Kommissaren wird ferner das alleinige Recht der Verordnung, der Zustimmung zu Haushaltsüberschreitungen, der Anforderung von Geldmitteln, das Verordnungsrecht gegenüber dem Reich, das Begnadigungsrecht zugesprochen, kurzum: es verbleibt den rechtmässigen Staatsministern auch nicht der Schatten einer Amtsbefugnis.

Weiter wird die Frage der Amtsräume geregelt. Ganz im Sinne Papens ist dabei das Bestreben massgebend gewesen, die preussischen Minister aus ihren Amtsräumen fernzuhalten. Der Preussische Ministerpräsident und die preussischen Staatsminister erhalten Räume im Preussischen Wohlfahrtsministerium zugewiesen, die auf einem beigelegten Plan bezeichnet sind. Ferner wird geregelt die Frage der Reichsratsvertretung.

In einem Schreiben an den Ministerpräsidenten Braun weist der Reichspräsident darauf hin, dass es einer Wiedereinsetzung der preussischen Minister in ihre Ämter nicht bedürfe, da sie von den Befugnissen, soweit sie ihnen durch das Leipziger Urteil zugeschrieben sind, bereits Gebrauch gemacht hätten.

SPD. Braunschweig, 18. Nov. (Eig. Drahtb.)
Der SA-Führer Bunge hat als Angestellter einer Landkrankenkasse 15 000 Mark unterschlagen. Die Beiträge der Mitglieder mussten, um diesen Verlust auszugleichen, von 4½ auf 7 Prozent erhöht werden.

Der Vorstand der Krankenkasse stellte gegen Bunge Strafantrag. Das Verfahren gegen den Spitzbuben ist jetzt jedoch auf Grund des braunschweigischen Amnestiegesetzes eingestellt worden, weil Bunge das Geld angeblich für politische Zwecke verbraucht hat. Der Betrüger behauptet nämlich, das gestohlene Geld zum Kauf von SA-Uniformen für die SA-Schule in Kreisenden verwandt zu haben. Die Staatsanwaltschaft legte inzwischen gegen den Einstellungsbeschluss Beschwerde ein. Das Braunschweigische Oberlandesgericht wies die Beschwerde der Staatsanwaltschaft jedoch zurück, sodass Bunge ausser Verfolgung bleibt. Das braunschweigische Amnestiegesetz ist so ungeheuerlich einseitig, dass Reichsbannerleute, die mit einer Hundepeitsche in der Hand gefasst worden sind, nicht amnestiert werden, während SA-Spitzbuben frei ausgehen.

SPD. Halle, 18. November (Eig. Drahtb.)

Der sozialdemokratische Parteivorsitzende in Obhausen hatte als Veranstalter einer sozialdemokratischen Kinderdemonstration einen Strafbefehl über 3 Monate Gefängnis erhalten, den das Amtsgericht in Querfurt bestätigte. Grund: Gefährdung von Ruhe und Sicherheit, weil die Kinder mit kleinen roten Fahnen der Eisernen Front durch die Strassen gezogen sind und "wählt SPD" gerufen haben. Die Berufungsstrafkammer in Naumburg erkannte jetzt auf Freispruch mit der Begründung, dass der Kinderumzug nicht als "umstürzlerische Bestrebung" gegen die Staatsautorität, sondern als kindliches Spiel anzusehen sei.

SPD. Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat am Freitag beschlossen, folgenden Antrag im Reichstag einzubringen:

"Der Reichstag wolle beschliessen 1. die Verordnung des Reichspräsidenten über Massnahmen zur Erhaltung der Arbeitslosenhilfe und der Sozialversicherung sowie zur Erleichterung der Wohlfahrtslasten der Gemeinden vom 14. Juni 1932 (Reichsgesetzbl. I. S. 273), 2. die Verordnung des Reichspräsidenten zur Belebung der Wirtschaft vom 4. September 1932 (Reichsgesetzbl. I S. 425) und 3. die Verordnung der Reichsregierung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit vom 5. September 1932 (Reichsgesetzbl. I S. 433) sind ausser Kraft zu setzen."

Mit diesem Antrag wiederholt die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion die schon im vorigen Reichstag gestellte Forderung, die unter der Regierung Papen erlassenen Notverordnungen wieder aufzuheben. Die Notverordnung vom 14. Juni brachte die brutale Kürzung der Arbeitslosenunterstützung in allen ihren Zweigen, der Renten aus der Invalidenversicherung, Angestelltenversicherung, Knappschaftsversicherung und Unfallversicherung sowie der Renten der Kriegsbeschädigten und -hinterbliebenen. Die Sozialdemokratie verlangt, dass diese Kürzungen ebenso rückgängig gemacht werden wie die durch die gleiche Notverordnung vorgenommene Erhöhung der Massenbelastung durch Einführung der Arbeitslosenabgabe, der Salzsteuer und die Beseitigung der Freigrenze bei der Umsatzsteuer.

Die Verordnungen vom 4. und 5. September enthielten den sogenannten Papenplan zur Belebung der Wirtschaft. Nach dem Willen Papens sollte die "Ankurbelung" der Wirtschaft dadurch erfolgen, dass den Arbeitern Lohnkürzungen bis zu 20 % aufgezwungen werden sollten, während die Besitzenden $1\frac{1}{2}$ Milliarden Steuergutscheine und 700 Millionen Lohnprämien erhalten sollten. Die Sozialdemokratie hat diesen Generalangriff der Reaktion auf die Lebenshaltung der werktätigen Schichten von Anfang an mit aller Entschiedenheit bekämpft. Sie verlangt jetzt wiederum, dass die ungeheuerlichen Lohnkürzungsvorschriften und die Steuergeschenke an die Besitzenden rückgängig gemacht werden. $1\frac{1}{2}$ Milliarden Massenbelastung durch die Notverordnung vom 14. Juni = $1\frac{1}{2}$ Milliarden Steuergeschenke für die Besitzenden durch die Notverordnung vom 4. September: das ist die Bilanz der "Ankurbelungs"aktion der Herrenklubregierung.

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion bereitet im übrigen eingehende Gesetzentwürfe darüber vor, wie die Belebung der Wirtschaft nicht durch weitere Vernichtung, sondern durch Stärkung der Massenkaufkraft erfolgen kann.

SPD. Der Reichspräsident hat am Freitag die angekündigten Besprechungen zum Zwecke der Neubildung der Reichsregierung geführt. Vormittags empfing er den Deutschnationalen Hugenberg, abends den Zentrumsführer Kaas und anschließend den Volkspartei-Dingeldey. Alle Unterredungen waren nur von kurzer Dauer. Am Sonnabend werden Hitler und der bayerische Volkspartei-Schäffer von Hindenburg empfangen.

Hugenberg wandte sich in der Unterredung mit dem Reichspräsidenten gegen jede Lösung der Krise durch die Fraktionen des Reichstags. Er will das Parlament nach wie vor ausgeschaltet wissen. Der Zentrumsführer Kaas erklärte die Bereitschaft seiner Partei zur Unterstützung jeder Regierung, die im Parlament eine Stütze findet, mit der Volksvertretung sachlich arbeiten will und Experimente mit der Verfassung ablehnt. Kaas gab dem Reichspräsidenten zugleich Kenntnis von der schriftlichen Formulierung des Zentrums, die am Mittwoch dem Reichskanzler übermittelt wurde und aus der sich die Auffassung des Zentrums im einzelnen ergibt. Der Volkspartei-Dingeldey sprach sich für eine "autoritäre Regierung" aus. Die Konkurrenz mit der Hugenberg-Partei gebot ihm eine enge Anlehnung an den Standpunkt der Deutschnationalen.

Schon der Verlauf der am Freitag geführten Besprechungen hat ergeben, dass eine Verständigung unter den für die sogenannte "nationale Konzentration" in Frage kommenden Parteien kaum oder doch nur schwer möglich ist. Die Deutschnationalen wollen das Gegenteil von dem was das Zentrum wünscht, sodass die von dem Reichspräsidenten empfohlenen Besprechungen unter den Parteien von vornherein zur Aussichtslosigkeit verurteilt sind. Zentrum und NSDAP, die ebenfalls für eine Zusammenarbeit mit dem Parlament zu sein scheint, werden deshalb zunächst unter sich eine Verständigung versuchen. Ein Termin für diese Besprechungen ist bereits festgesetzt. Sie sollen bald nach dem Empfang Hitlers bei Hindenburg beginnen und sich auf die Regierungsbildung im Reich und in Preussen beziehen.

Falls diese Besprechungen zum Ziel führen, sollen die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei und die übrigen sich für eine "nationale Konzentration" interessierenden Gruppen vor die Frage gestellt werden, ob sie mitunwollen oder nicht. Inbezug auf die Verhandlungen selbst scheint man sowohl beim Zentrum als auch bei den Nationalsozialisten ziemlich optimistisch zu sein. Allerdings wünscht auch das Zentrum keine vom Parlament abhängige Regierung sondern ein Kabinett, das nach aussen als "Präsidialregierung" firmiert aber zugleich eine Rückendeckung im Parlament hat und sich der parlamentarischen Vertretung ähnlich wie zurzeit der Regierung Brüning ab und zu stellt.

SPD. Hamburg, 18. November (Eig. Drahtfb.)

Im Altonaer Bomben-Attentäter-Prozess erschien der grösste Teil der Angeklagten am Freitag morgen in voller Hitler-Uniform mit grossen Hakenkreuzarmbinden. Auch der nationalsozialistische Verteidiger Freisler trug hohe Reitstiefel und unter seinem Talar die SA-Uniform.

Nach der lächerlichen Erklärung der Verteidigung, dass das Tragen der Uniform keine Demonstration gegen das Gericht, sondern nur ein Ausdruck der Verbundenheit mit den von hohen Zuchthausstrafen bedrohten Kameraden sei, hatte der Vorsitzende des Gerichts gegen diesen empörenden Aufzug der Angeklagten und des Verteidigers nichts mehr einzuwenden. Ehe der Verteidiger Freisler das Wort ergriff, sprachen noch zwei nationalsozialistische Rechtsanwälte, die in ihren Ausführungen, die gespickt waren von Angriffen und propyrierenden Beschimpfungen gegen die Sozialdemokratie, gegen Staat und Verfassung, für eine ganze Reihe der Angeklagten Freispruch beantragten, für alle Angeklagten aber die Anwendung der Schutzbestimmung des § 52 der Strafgesetzsordnung (über gesetzlichen Notstand) forderten, da sie sich den

Befehlen ihrer Führer, die die Ausführung der Attentate angeordnet hätten, nicht hätten widersetzen können.

Der Nazirechtsanwalt Freisler hielt eine mehrstündige Rede, die er in widerlicher Pathetik und in abstossender Komödiantenmanier vortrug. Wenn man von seinen Angriffen auf die Sozialdemokratie, von seinen unerhörten Verdrehungen über den politischen Terror in Deutschland, der, wie er behauptet, nur von der Sozialdemokratie, dem Reichsbanner und den Kommunisten ausgeführt würde, von dem Beschwören der "unbedingten Legalität der NSDAP" absieht, so bleibt nur noch die Forderung übrig, alle Angeklagten mit Ausnahme der Führer Moder, Grezesch und Plähn freizusprechen. Lediglich in den Fällen, in denen Sachbeschädigung bei der Ausführung der Attentate erfolgt sei, solle wegen dieses Deliktes auf die Mindeststrafe erkannt werden. Keiner der Angeklagten ausser den Führern, so führte er aus, habe sich einer Verabredung im Sinne der Reichsgerichtsrechtsprechung schuldig gemacht, denn die SS-Leute hätten lediglich die Befehle ihrer Führer befolgt und sie wären unweigerlich der Feme verfallen, wenn sie die Ausführung dieser Befehle verweigert hätten. Freisler fordert das Gericht auf, die Rechtsprechung des Reichsgerichts ausser Acht zu lassen und bei den Angeklagten die Verabredung, das Komplott, das nach dem Gesetze mit einer Mindeststrafe von 5 Jahren Zuchthaus geahndet werden müsse, als nicht gewesen zu betrachten. Nur die Führer müssten dabei ausgenommen sein. Schliesslich forderte Freisler: Freispruch für alle Angeklagte und Bestrafung für die Führer, die wie Moder und Grezesch, als Abgeordnete immun sind, während der dritte, der Sturmführer Plähn, am Vortage sich aus dem Staube gemacht hatte. Aber auch dieser Angeklagte, so meinte Herr Freisler, dürfte nicht verurteilt werden, da er freiwillig das Los des Flüchtlings auf sich genommen hätte und das wäre Strafe genug.

Der Oberstaatsanwalt ging in einer kurzen Replik nicht auf die zahllosen Verdrehungen, Unterstellungen und gehaltlosen Behauptungen dieser nationalsozialistischen Agitationsrede allerübelster Art ein, sondern beschränkte sich darauf, dem Vorwurf entgegenzutreten, dass bei der Voruntersuchung und bei der Anklageerhebung ein Mangel an Gewissenhaftigkeit vorgelegen habe. Die Schutzbestimmungen des § 52 der Strafgesetzzordnung dürften im vorliegenden Falle nicht zur Anwendung kommen, da die Angeklagten bei einer tatsächlich vorhandenen Gefahr jederzeit in der Lage gewesen wären, sich ihr zu entziehen. Das Urteil wird am Montag-Vormittag um 9½ Uhr verkündet.

SPD. Der Reichsrat nahm am Freitag die ihm von seinen vereinigten Ausschüssen vorgelegte Entschliessung zu dem Konflikt zwischen dem Reich und Preussen an.

In dem ersten Teil der Entschliessung wird festgestellt, dass durch die Massnahmen der Papen-Regierung gegen Preussen "eine grundlegende und tiefgreifende Veränderung im bisherigen verfassungsmässig festgelegten Kräfteverhältnis zwischen dem Reich und Preussen, zwischen dem Reich und den Ländern und zwischen den Ländern untereinander herbeigeführt worden ist.... Der Reichsrat erwartet daher, dass die Reichsregierung im Hinblick auf diese Zusage so rasch wie möglich die zur Behebung der eingetretenen Gleichgewichtsveränderung erforderlichen Massnahmen trifft." In dem zweiten Teil der Entschliessung wird die Reichsregierung ersucht, die Länder bei der Reichsreform massgebend zu beteiligen. Der erste Teil wurde mit 54 gegen 7 Stimmen bei 5 Enthaltungen angenommen, der zweite Teil einstimmig. Gegen den ersten Teil stimmten die Vertreter der Provinzen Ostpreussen, Brandenburg, Stadt Berlin, Pommern, Schleswig-Holstein, Hannover und Westfalen. Stimmenthaltung übten Anhalt, Braunschweig, Oldenburg, Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz.

Vor der Abstimmung gab Ministerialdirektor Dr. Brecht im Namen des preussischen Staatsministeriums folgende Erklärung ab:

"Die preussische Staatsregierung erwartet anstelle ungesunder und gewaltsamer Experimente, wie sie zur Zeit mit Preussen angestellt werden, eine organische Reform des Verhältnisses von Reich und Ländern auf dem ordentlichen verfassungsmässigen Wege. Sie hat sich von 1928 - 1930 an den Vorarbeiten zu einer solchen Reform in der Länderkonferenz und ihren Ausschüssen stark beteiligt und auch später Anregungen gegeben. Da durch die unbegreifliche Unterlassung der gegenwärtigen Reichsregierung, trotz des Vorstosses vom 20. Juli 1932, noch immer kein Entwurf den Ländern vorliegt, so verlangt die preussische Staatsregierung auch aus diesem Grunde die sofortige Aufhebung aller Sondermassnahmen in Preussen.

Sie hält es übrigens mit geordneten Zuständen nicht für vereinbar, dass eine mit der Reichsverfassung in vielen Punkten im Widerspruch stehende Verordnung, wie die vom 20. Juli 1932, trotz der Entscheidung des Staatsgerichtshofes noch immer unverändert im Reichsgesetzblatt stehen bleibt.

Die am Freitag ergangene neue Verordnung wird nach Ansicht der preussischen Staatsregierung der Entscheidung des Staatsgerichtshofs nicht gerecht und schafft eine weitere Erschwerung der Lage."

SPD. Darmstadt, 18. November (Eig. Dr.)

Das Schwurgericht Darmstadt verurteilte den 29 Jahre alten Nationalsozialisten Kaufmann Benn aus Darmstadt wegen Körperverletzung mit Todesfolge zu acht Monaten Gefängnis. Benn hat kurz vor der hessischen Landtagswahl einen Händler nach einer politischen Auseinandersetzung derart niedergeschlagen, dass dieser später tot aufgefunden wurde. Aufgrund einer Lücke in der Verordnung zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen billigte das Gericht dem Verbrecher mildernde Umstände zu.

SPD. Der Preussische Landtag, der am 24. November voraussichtlich auf zwei Tage wieder zusammentritt, wird sich vor allem in einer grossen politischen Debatte mit dem Preussen-Konflikt und dem Urteil des Staatsgerichtshofs befassen. Ausserdem ist die Erörterung vorgesehen von Anträgen und Ausschussberichten auf Rücktritt der Reichskommissare sowie über die Pläne zur Verfassungs- und Reichsreform, über die Ungültigkeit von Verordnungen des Reichskommissars und auf Bestimmung der Mitgliederzahl für die auf Wunsch der Sozialdemokraten einzusetzenden neuen Untersuchungsausschüsse zur Nachprüfung der Vorgeschichte des 20. Juli und der Personalpolitik des Reichskommissars. Die weiteren Abschnitte der politischen Aussprache sind der Finanznot der Gemeinden, der Arbeitslosen- und Wohlfahrts-Unterstützungen sowie den Strafverfahren gewidmet, die anlässlich des Berliner Verkehrstreiks in Gang kamen. Es wird dabei über die Notwendigkeit einer Erweiterung der Hilfsaktion für die Gemeinden verhandelt werden sowie über die Beseitigung der Kürzungen der Wohlfahrtsunterstützungen und über die Milderung der Notlage der Erwerbslosen.

Es ist nicht ausgeschlossen, dass der Landtag während seiner am 24. November beginnenden Tagung auch die Wahl eines Ministerpräsidenten vornimmt. Es ist jedenfalls der Wunsch von Zentrum und Nationalsozialisten, die im Landtag über eine Mehrheit verfügen, die bevorstehenden Verhandlungen über das preussische Regierungsproblem so zu fördern, dass bereits am 24. oder 25. November ein Ministerpräsident der schwarz-braunen Koalition gewählt werden kann.

SPD. Paris, 18. November (Eig. Drahtb.)

In der Kammer begann am Freitag-Nachmittag eine Interpellationsdebatte über den Skandal in der französischen Luftschiffahrt. Der erste Interpellant, der sozialistische Abgeordnete Renaudel, deckte in einer mehr als zweistündigen Rede, die oft von stürmischem Beifall der Regierungsmehrheit und dem anwesenden Minister unterbrochen wurde, die betrügerischen Machenschaften der Aero Postale auf.

Renaudel wies darauf hin, dass bereits im vorigen Jahr, als der Zusammenbruch der Aero Postale erfolgte und der Staat zur Aufrechterhaltung der Luftlinie nach Südamerika mit einer hohen Subvention eingreifen musste, dem Leiter der Gesellschaft, Bouilloux-Lafont, und seinem Sohn Bilanzfälschungen nachgewiesen worden waren, die zur Einleitung eines gerichtlichen Verfahrens führten. Dieses Verfahren habe elf Monate geschlummert, und erst der neue Skandal, der durch falsche Beschuldigungen Bouilloux-Lafonts gegen den Direktor der Handelsluftschiffahrt, Chaumié, und den Direktor der Flugzeug-Motorenfabrik Gnôme et Rhône, Weiller, heraufbeschworen wurde und zu einer zweiten Klage gegen den Leiter der Aero Postale Anlass gab, habe die Untersuchung wieder in Gang gebracht.

Der Redner ging dann auf die bekannten Einzelheiten des neuen Skandals ein und griff dabei den früheren Ministerpräsidenten Tardieu an, der Bouilloux-Lafont selbst ein gefälschtes Dokument übergeben hat. Er bezeichnete es als einen Skandal, dass bereits im November 1931 ein Verfahren gegen Bouilloux-Lafont eingeleitet, dass aber erst im Oktober 1932 Anklage gegen ihn erhoben worden sei, und dass in der Zwischenzeit die Aero Postale weiter die hohen Subventionen des Staates bezogen habe. In mehreren mit grossem Beifall aufgenommenen Interventionen pflichtete Luftminister Painlevé dem Interpellanten bei und nahm den ihm unterstellten Direktor der Handelsluftschiffahrt gegen die Beschuldigungen Bouilloux-Lafonts in Schutz. Renaudel wandte sich schliesslich an den Justizminister und forderte ihn auf, dem Untersuchungsrichter klarzumachen, dass es seine Pflicht sei, so schnell als möglich zu handeln und nicht zu gleicher Zeit wie der Angeklagte Bouilloux-Lafont in Ferien zu gehen.

Renaudel kündigte zum Schluss an, dass die sozialistische Fraktion als Abschluss der Debatte eine Tagesordnung vorschlagen werde, in der verlangt wird, dass den zuständigen Kommissionen des Parlaments alle Dokumente über die Aero Postale mitgeteilt werden, dass eine neue Direktion an die Spitze dieses staatlich subventionierten Betriebes gesetzt und schliesslich ein Gesetzentwurf über die Verstaatlichung aller Lufttransportgesellschaften eingebracht wird.

Die Fortsetzung der Debatte wurde auf Donnerstag vertagt.

SPD. Den ersten Befähigungsnachweis für ihre Regierungsreife haben die Hitler, Goering, Goebbels und Strasser bereits erbracht. Der Chefredakteur des Berliner Naziblattes Dr. Lippert ist gekündigt worden. Am 1. Januar muss er das Lokal verlassen. Offizieller Grund: "Die Haltung des "Angriff" während des Berliner Verkehrsstreiks."

Aus durchsichtigen Wahlzwecken waren bei diesem Streik die Nazis mit den Kommunisten Arm in Arm gegangen. Es war im Grunde ein Kampf um die Wahlstimmen, gegen die Gewerkschaften und gegen die Sozialdemokratische Partei. Am Tage nach der Wahl wurde der Streik von den Drahtziehern abgebrochen, die Opfer lagen auf der Strasse und sofort begann der "Angriff" nachzuweisen, dass Hitler und die Naziartei die einzige Rettung vor der roten Flut und vor dem Bolschewismus seien. Als sichtbarer Beweis für künftiges gutes Wohlverhalten fliegt jetzt Lippert auf die Strasse.

SPD. Düsseldorf, 18. Nov. (Eig. Drahtb.)

Der Regierungsrat Refrath ist von der Düsseldorfer Regierung zum kommissarischen Polizeipräsidenten in Hagen ernannt worden. Refrath ist eingeschriebenes Parteimitglied der Nationalsozialistischen Partei, was vom "Bergischen Beobachter" triumphierend bestätigt wird.

SPD. In der Freitag-Sitzung der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wurde eine Protestentschliessung gegen die Verschleppung des von der Sozialdemokratischen Partei vorgelegten Antrags zu einem Volksbegehren auf Aufhebung des sozialpolitischen Teils der Notverordnung vom 4. September angenommen. Es wurde beschlossen, im Reichstag einen Gesetzentwurf zur Ausführung des Volksbegehrens und des Volksentscheids einzubringen.

SPD. Darmstadt, 18. November (Eig. Dr.)

Der kommunistische Stadtverordnete Fröba, der wegen Beschimpfungen der Darmstädter Verwaltung aus der Stadtverordnetensitzung verwiesen worden war, aber dem Ausschluss nicht Folge leistete, musste durch einen Polizeibeamten gewaltsam aus dem Sitzungssaal entfernt werden. Mit dem Kommunisten verliesen dann die Herrschaften vom "Dritten Reich" den Sitzungssaal.

SPD. Das preussische Staatsministerium wird sich am Sonnabend-Vormittag mit der neuen ungeheuerlichen Notverordnung des Reichspräsidenten gegen Preussen befassen. Voraussichtlich wird das Staatsministerium jetzt nochmals den Staatsgerichtshof anrufen, gegen den sich die Verordnung ebenso richtet wie gegen die rechtmässigen preussischen Staatsminister und zugleich eine grosse Protestaktion im preussischen Landtag beschliessen. Ausserdem dürften noch andere Schritte erwogen werden.

SPD. Breslau, 18. November (Eig. Drahtb.)

In der Strafanstalt Gross-Strehlitz (Oberschlesien) verbüssen zurzeit 42 politische Gefangene längere Festungsstrafen. 41 dieser in der Mehrzahl kommunistischen Gefangenen befinden sich seit einigen Tagen im Hungerstreik. Während die Gefangenen bis Donnerstag flüssige Nahrung in Form von gesüsstem Milchkafee zu sich nahmen, verweigerten sie am Freitag jedes Annehmen von Nahrung. Bei mehreren Gefangenen ist der Kräfteverfall schon so weit fortgeschritten, dass ihre Ueberführung ins Krankenhaus angeordnet werden musste. Der Streik steht unter kommunistischer Führung. Der einzige politische Gefangene, der sich an der Aktion nicht beteiligt, ist Nationalsozialist.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt:

Die Geltungsdauer der Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung des inneren Friedens vom 2. November d. Jrs. (Burgfrieden-Verordnung), die bis zum 19. November befristet war, ist durch eine Verordnung des Reichspräsidenten vom heutigen Tage bis zum Ablauf des 2. Januar 1933 verlängert worden. Gleichzeitig ist auch die in der ergänzenden Verordnung vom 3. November d. Js. enthaltene Ermächtigung verlängert worden, wonach Ausnahmen für Wahlversammlungen zugelassen werden, sofern diese Wahlen bis zum 15. Januar 1933 einschliesslich stattfinden.

SPD. Breslau, 18. November (Eig. Drahtb.)

Der Sexualsumpf der Braunen Häuser duftet jetzt auch in Schlesien. Diesmal steht der vor einigen Tagen wegen Teilnahme an einem Bombenattentat verurteilte Reichstagsabgeordnete Heines im Brennpunkt widerlicher Affairen.

In einer weitverbreiteten politischen Broschüre hatte der schlesische Stahlhelmhauptmann Sydow behauptet: Heines und sein Freund, der Nazibezirksführer Koch, hätten sich in Röhmscher Art an SA-Untergebenen des Nazi-Arbeitslagers in Rothengrund (Riesengebirge) vergangen. Heines und Koch erwirkten die übliche "einstweilige Verfügung" gegen die Weiterverbreitung der Broschüre, und vor dem Landgericht in Hirschberg hatte am Freitag der beklagte Stahlhelmführer Gelegenheit, für seine Behauptungen den Nachweis zu erbringen. Zu diesem Zweck legte der Rechtsbeistand Sydows dem Gericht mehrere eidesstattliche Versicherungen vor, dass Heines im Jahre 1927 wegen seiner geschlechtlichen Umtriebe aus der Nazi-Partei ausgeschlossen war. Eine dieser Eides-Versicherungen stammt von Ludendorff. Ein persönlich anwesender Zeuge, der frühere Inhaber einer SA-Sportschule, bestätigte die Behauptungen Sydows. Heines versuchte wieder in seiner bekannten Manier aufzutrompfen und die Richter einzuschüchtern, aber die eidesstattlichen Erklärungen und Zeugenaussagen waren nicht wegzuwischen.

Das Gericht wird sein Urteil am 2. Dezember verkünden. Vorerst soll das Ergebnis eines Strafverfahrens abgewartet werden, das der Staatsanwalt gegen Heines wegen gleicher sexueller Vergehen eingeleitet hat.

SPD. Breslau, 18. November (Eig. Drahtb.)

Wie die Pressestelle der Universität Breslau mitteilt, haben sechs Studentenverbände, darunter der sozialistische Hochschulausschuss und die Sozialistische Studentenschaft dem Rektor der Universität Breslau durch ihre Vertreter eine Erklärung übermitteln lassen, in der sie die von den Nazistudenten gegen den ordentlichen Professor des bürgerlichen und des Handels-Rechts Dr. Cohn herbeigeführten Ausschreitungen missbilligen und ihrem Bedauern darüber Ausdruck geben, dass die gegen die Unruhestifter ergangenen Massnahmen bisher ihre Wirkung verfehlt haben. In Beantwortung dieser Stellungnahme äusserte der Rektor, dass er gewillt sei, die Ruhe in der Universität erforderlichenfalls durch neue ausserordentliche Massnahmen sicherzustellen. Der Rektor bat ferner die Vertreter der studentischen Verbände, ihre Kreise darüber aufzuklären, welche harten Strafen den auch nur zufällig bei den Tumulten Anwesenden aufgrund der neuen Terrornotverordnungsbestimmungen drohen und welche schweren Schäden sich aus einer nochmaligen Schliessung der Breslauer Universität für die Studentenschaft ergeben müssten.

Laut Beschluss von Rektor und Senat bleibt die Breslauer Universität bis einschliesslich Dienstag den 22. November geschlossen. Die Seminare, Institute und Kliniken bleiben geöffnet.

SPD. Dessau, 18. November (Eig. Drahtb.)

Im Dritten Reich von Anhalt hat die Nazi-Regierung den Beamten das Weihnachtsgeschenk angekündigt. Es steht ihnen frei zu wählen zwischen einer Gehaltskürzung und dem "Rollsystem". Wahrscheinlich nehmen die zwischen zwei Uebeln stehenden Beamten das Rollsystem an und erhalten dadurch in acht Monaten nur noch sieben Monatsgehälter, was ebenfalls eine Gehaltskürzung von 12½% bedeutet.

"Aus aller Welt"

Reaktion im Rundfunk.

Die neuen Richtlinien - Stumpfsinn auf allen Wellen!

SPD. Endlich sind nach monatelangen Verhandlungen die Richtlinien für den Rundfunk fertig geworden. Mit Schlagworten wird das Programm der Sender auf einen Kreis von Darbietungen beschränkt, die dem Ideal der Reaktion des vorigen Jahrhunderts entsprechen dürften. Ganz ausgeschlossen von der Sendung sind von vornherein: alles, "was das Christentum entwürdigt und Sitte und Kultur des deutschen Volkes gefährdet"; Bestrebungen, die den "Bestand des Staates gefährden"; die "Werbung für Parteien und die Bekämpfung von Parteien"; schliesslich "jede volksfremde Geistigkeit". Nach den bisherigen Erfahrungen lässt sich daraus schliessen, dass man jede kritische Äusserung zu politischen und religiösen Fragen unterbinden, dass man jede vernunftgemässe Deutung des Weltgeschehens verhindern wird. Stunden der Arbeiterschaft wird man nicht mehr veranstalten, weil sie "Werbung für eine Sondergruppe" darstellen.

Natürlich wird auch eine sittliche Zensur ausgeübt werden. Welches Mäximum sich dabei ausweiten wird, kann man an dem neuen Kriterium erkennen, das für das Anstössige festgelegt ist. Als Massstab wird nicht mehr das Empfinden des berüchtigten Normalmenschen dienen, sondern: "Was im Kreise der Familie als anstössig empfunden werden muss, ist zu vermeiden."

In den ganzen Ausführungen ist kein Wort zu finden über Förderung der Volksbildung. Im Gegenteil: Vorträge, die "nur Wissen an sich vermitteln" werden als unerwünscht abgelehnt. Nichts ist zu finden über unsere republikanische Verfassung, über demokratische Volksrechte. Es steht in den Richtlinien nichts davon, dass der Rundfunk besonders dazu geeignet ist, die Verständigung und den Frieden unter den Völkern anzubahnen und zu fördern. Nur von der "Einordnung der Menschen in das Ganze" wird andauernd gesprochen. Bei der herrschenden Ausdrucksweise kann man darunter nichts anderes verstehen, als die Erziehung der Hörer zu demütigen Untertanen, denen alles recht sein muss, was von Oben kommt.

Von der organisatorischen Neuordnung des Rundfunks, erhält man keinen besseren Eindruck. Nirgends ist die Rede davon, dass etwa die Hörer irgendwelche Rechte hätten. Alles wird von staatlichen Kommissaren geregelt werden. Doch sieht diese Regelung nicht nach besonders klarer Ordnung aus. Der Reichskommissar überwacht alle Sender. Aber sein Zensurrecht muss er über die Staatskommissare - pro Sender 1 Kommissar! - ausüben. Die können gegen die Anordnungen des Reichskommissars Einspruch erheben. Die Staatskommissare können sogar gegen die sogenannten "Auflagenachrichten", die alle Sender zwangsweise verbreiten müssen, Bedenken geltend machen. Umgekehrt kann der Reichskommissar Auflagenachrichten, die von den Landesbehörden ausgegeben werden, zurückhalten. Wie die Sendegesellschaften unter solchen Umständen die Auflagenachrichten "unverzüglich, unverkürzt und unverändert" verbreiten sollen, wie es ihnen gleichzeitig in den Richtlinien vorgeschrieben wird, ist unerfindlich. Nach all den Bestimmungen über die Ueberwachung wird jedes Manuskript von vier Stellen geprüft werden: Von der Sendegesellschaft, vom Reichskommissar, vom Staatskommissar und von dem diesem beigegebenen Arbeitsausschuss. Anstelle einer einheitlichen, klaren und vor allem

auch rasch arbeitenden Organisation sehen wir einen verwickelten und komplizierten Apparat, der jede lebendige Tätigkeit lähmen muss. Pfuscharbeit auf der ganzen Linie!

Ebenso wie die Regierungsstellen und ihre Kommissare sich das Programm untertänig machen, so üben sie auch auf die Personalpolitik den entscheidenden Einfluss aus. Alle wichtigen Posten dürfen nur mit Zustimmung der Kommissare ernannt werden. Der Intendant wird zu einer vollkommen abhängigen und unselbständigen Person, durch tausend Vorschriften beengt, zudem ständig davon bedroht, beim nächsten Regierungswechsel entlassen zu werden. Wer wird unter solchen Zuständen geistige und künstlerische Tatkraft, lebendige Initiative entwickeln wollen oder können? Das Programm wird zwangsweise zu dem formlosen und langweiligen Brei, den wir jetzt schon sattsam kennen.

Dass der Deutschlandsender zum Reichssender gemacht werden sollte, war schon seit langem bekannt. Diese Umwandlung ist dadurch gesichert worden, dass alle Personalfragen von der Entscheidung des Reichskommissars abhängig gemacht werden. Ausserdem kann der Reichskommissar "den Deutschlandsender für Darbietungen der "Regierungsstunde" und sonstige Vorträge, die er staatspolitisch für notwendig oder erwünscht erachtet, nach Bedarf in Anspruch nehmen". Damit ist das Programm des Deutschlandssenders vollkommen der Willkür des Reichskommissars ausgeliefert.

Anstelle der früheren Kulturbeiräte werden sogenannte Programmbeiräte von den Landesregierungen "im Benehmen mit dem Reichsministerium des Inneren" ernannt werden. Ihre Funktionen sind ungefähr die gleichen wie früher. Die Bestimmung, dass die Kulturbeiräte aus den Kreisen der Kunst, Wissenschaft und Volksbildung genommen werden müssen, ist fallen gelassen worden. Stattdessen werden sich wahrscheinlich auch hier die Vertreter der behördlichen Bürokratie breit machen. Auch die Hörerschaft wird in diesem Gremium keinen Platz mehr finden. Jetzt, da der Rundfunk zum staatlichen Unternehmen gemacht wurde, wäre es Pflicht der Regierung gewesen, der Hörerschaft einen gewissen Einfluss sicherzustellen, wie sie ihn in anderen Ländern mit staatlichen Rundfunk-Organisationen besitzt. Aber bei uns soll der Teilnehmer zahlen, hören und - schweigen!

J. Bl.

Einsturzkatastrophe. In Palermo stürzte ein Wohnhaus ein. 5 Personen wurden getötet, 11 schwerverletzt.

Der dritte Leichenkoffer... Auf dem Fundbüro des Hauptbahnhofs in Rom wurde ein Koffer geöffnet, der einen üblen Geruch ausströmte. Das Gepäckstück enthielt die Teile eines weiblichen Körpers, die in zwei anderen Koffern, die am Vortage unter den gleichen Umständen in Neapel geöffnet worden waren, fehlten. Von den Urhebern des Verbrechens fehlt noch jede Spur.

4 Tage - 7 Monate. Im Berliner Mitgiftprozess Caro-Petschek ist das Rededuell der Anwälte noch lange nicht beendet - am Sonnabend wird Rechtsanwalt Dr. Dix das Wort nehmen. Ausserdem will der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Ohnesorge, noch einmal in die Beweisaufnahme eintreten lassen. Es soll der in Kanada wohnhafte Zeuge Martin Nordegg vernommen werden; er wird in einigen Tagen an Bord der "Bremen" in Deutschland eintreffen. Nordegg soll bekunden, dass der Angeklagte Geheimrat Caro ihm bei seinem Abschiedsbesuch die umstrittene Mitgiftquittung, deren Fälschung die Petscheks dem Angeklagten vorwerfen, gezeigt habe. Die Anregung zur Vernehmung des Zeugen war bereits vor 7 Monaten, zu Beginn des Ohnesorge-Prozesses, gegeben worden, stiess aber nicht auf Gegenliebe, weil man geglaubt hatte, mit der ganzen Sache in vier Verhandlungstagen fertig zu werden. Jetzt ist nicht einmal abzusehen, wann "der abscheulichste Prozess aller Zeiten" (Alsberg) überhaupt zuende geht. In Moabit sind keine Säle mehr frei...

Gontard ein Spitzelkommandant? Im Leipziger Landesverratsprozess kam es in der Freitag-Sitzung zu einem heftigen Zusammenstoss, als Bullerjahn die näheren Umstände seiner Anstellung in den Berlin-Karlsruher Industriewerken schilderte. Er sagte aus, dass Generaldirektor von Gontard ihn beauftragt habe, sich im Werk genau umzusehen und u.a. auch die ihm vorgesetzten Direktoren zu beobachten. Bullerjahn fuhr fort: "Ich sah darin die Absicht, mich als eine Art von Spitzel zu verwenden". Zeuge Gontard: "Wie komme ich dazu, einem früheren Unteroffizier, einem Feuerwerker, einen solchen Auftrag zu geben, zumal die Direktoren mein vollstes Vertrauen hatten? Ich weiss von einer solchen Besprechung nichts; das ist glatt gelogen." Verteidiger Rechtsanwalt Sinsheimer: "Das ist nicht gelogen!" Vors.: "Sie müssen sich mässigen, Herr v. Gontard. Sie geniessen hier keine besonderen Vorrechte." Zeuge Gontard: "Es ist möglich, dass mir Bullerjahn vorgestellt wurde. An mehr kann ich mich nicht erinnern." Aber schon in einer früheren Sitzung gab der Zeuge Generaldirektor v. Gontard zu, dass er an Gedächtnisschwund leide...

Die Verteidigung stellte nach diesem Zwischenfall den Antrag, den früheren Lagerverwalter Handtke darüber zu vernehmen, dass auch er von Generaldirektor Gontard, ähnlich Bullerjahn, einen Auftrag zur Beobachtung von Direktoren erhalten habe. Ebenso wie im Falle Bullerjahn hätte auch hier der Gontard'sche Auftrag zu schweren Konflikten geführt. Die Verteidigung machte geltend, dass durch die beantragte Vernehmung nicht nur die Glaubwürdigkeit des Zeugen Gontard beleuchtet werde, sondern dass sie auch die Behauptung widerlege, dass Bullerjahn das Werk "ausspioniert" habe, um nach geheimen Waffen zu suchen; dieses Ausspionieren hätte im Sinne des Gontard'schen Auftrages gelegen, aber ein ganz anderes Ziel gehabt, als es jetzt die Anklage unterstelle. Das Gericht hat die Entscheidung über den Vernehmungsantrag vorläufig ausgesetzt.

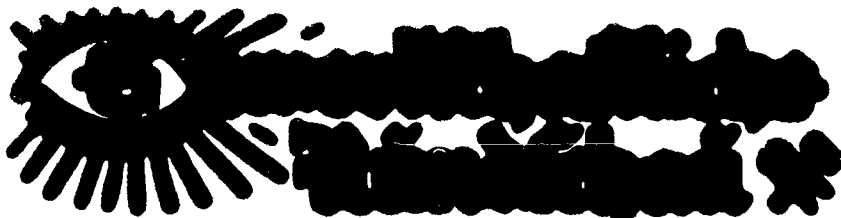
Der Zeuge v. Gontard führte im übrigen auf Befragen aus, dass er kein Interesse an der Entfernung Bullerjahn's aus dem Wittenauer Werk hatte. Er hätte Bullerjahn nicht als Feind betrachtet, denn er sei ihm als "brauchbar" geschildert worden. Finanzieller Schade wäre durch den Verrat des Waffenlagers nicht entstanden. Die Heeresverwaltung habe eine einmalige Entschädigung in Höhe von 0,2 Millionen Mark geleistet. Ausserdem seien die Bestände seit Kriegsende bereits abgeschrieben worden.

Am Ende der Sitzung übergab der Verteidiger dem Gericht einen Brief aus Holland zur weiteren Prüfung. Nach diesem Brief ist das Waffenlager - von anderer Seite - zuerst beim Büro der rheinischen Besatzungstruppen angezeigt worden.

+ + +
Den Vater ermordet! In Dresden wurde ein 21jähriger Fleischergeselle Müller wegen Mordes verhaftet. Er hat in der Nacht zum Freitag in Doberzeit, einem kleinen Ort in der Sächsischen Schweiz, seinen 56 Jahre alten Vater erschlagen. Der Täter legte ein Geständnis ab. Nach dem Motiv des Verbrechens befragt, gab er an, dass er fürchtete, um sein ihm vom Vater versprochenes Erbteil zu kommen.

+ + +
Erfroren. In der Nähe von Osterburg (Altmark) wurde der Leichnam eines etwa 50jährigen Mannes gefunden. Nach ärztlicher Feststellung ist der Tote ein Opfer der Kälte.

+ + +
Schachmeister Yats +. Der international bekannte englische Schachmeister Yats ist im Alter von 50 Jahren in London gestorben.



Abschied.

SPD. Grau und traurig hängt die Dämmerung eines im Nebel versinkenden Novembertages über dem weiten Berliner Südosten. In Baumschulenweg, am Rand der Weltstadt, steigen die ersten Lichter aus der Novembermelancholie. Unter ihnen die Lichter, die den Weg wiesen zu einem schweren Abschied, zum Abschied von Hermann Müller. Ihm, dem verdienstvollen Wegbahner der Arbeiterbewegung, haben am Freitag-Abend Gewerkschaften und Partei die letzte Ehre erwiesen.

Die Halle des Krematoriums fasste nicht entfernt die Schar der Trauernden, die sich dem Kreis der Hinterbliebenen anschloss. Zahlreiche Führer der deutschen und internationalen Gewerkschaftsbewegung - der gesamte Vorstand des IGB war zur Trauerfeier erschienen - hatten sich zum letzten Gruss für Hermann Müller eingefunden, und mit ihnen so mancher Freund und Gegner. Ein Zeichen für die hohe Wertschätzung, die der Verstorbene in der Arbeiterbewegung genoss und weit über ihre Reihen hinaus.

Mit bewegten Worten, die kaum über den Schmerz des Gemütes hinwegkamen, gab Theodor Leipart, der Bundesvorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes die Erklärung für diese hohe Wertschätzung. Hermann Müller, betonte Leipart in seinem Nachruf, war mehr als nur ein Spezialist mit reichem Wissen und grossem Können - er war einer von denen, die die Bewegung in all ihren Lebensäusserungen miterleben. Mit jeder Faser seines Herzens hing er an der Sache, und daher seine fruchtbare Tätigkeit in verschiedenen Gebieten der Bewegung, die er bis zum Ende hegte und pflegte, weil er sie mit geschaffen hat seit den Tagen, wo er mit Friedrich Ebert in Bremen im Arbeitersekretariat für den Aufstieg der Arbeiterbewegung wirkte. Es war nicht Vielgeschäftigkeit, sondern ein Vielmittragen, ein Vielmitsorgen, das Hermann Müller auszeichnete, ein Sorgen und Arbeiten für die Sache bis zur letzten Stunde, bis zur Erschöpfung. So hat er auch noch die weite Reise nach Madrid gewagt, deren Anstrengungen zweifellos seinen Tod beschleunigt haben.

Hermann Müller war ein vorbildlicher Arbeiter für die Sache der Arbeiter. Daher auch die vielen Beweise des Respektes und der Dankbarkeit, die, wie Leipart in seinem Nachruf mitteilte, in diesen Tagen aus allen Teilen des In- und Auslandes auf die Kunde von dem Hinscheiden Hermann Müllers im Bundesbüro des ADGB eintrafen. Auch vom Reichsarbeitsministerium und vom Reichswirtschaftsministerium und von vielen anderen hohen amtlichen Stellen, die Hermann Müller im Laufe der Jahre als aufrechten Verfechter der Arbeitersache kennengelernt haben, sind Beileidskundgebungen eingelaufen. Die zahlreichen Beweise starker Anteilnahme an dem schmerzlichen Verlust der Arbeiterbewegung - so schloss Leipart - mögen den Hinterbliebenen ein Trost sein. Für die Gewerkschaften sind sie ein Ansporn, an dem von Hermann Müller mitaufgebauten grossen Werk mit doppelter Energie weiterzubauen und weiterzuwirken.

Die letzten Grüsse der Partei überbrachte der alte Führer des Fabrikarbeiterverbandes Brey-Hannover. Hermann Müller - so rief Brey dem dahingeschiedenen Mitkämpfer für den Sozialismus in die Gruft nach - gehört zu

denen, die nicht sterben, weil ihr Werk lebt. Den letzten Grüssen der Partei folgte der Dank des Internationalen Arbeitsamtes. Gerade die letzte grösse Lebensarbeit Hermann Müllers habe in dem Kampf für den internationalen sozialpolitischen Fortschritt bestanden. Was er für diesen geleistet habe, werde ein unvergängliches Stück Geschichte der internationalen Arbeitsorganisation bleiben. Die Grösse der Arbeiterinternationale überbrachte Jouhaux, der Führer der französischen Gewerkschaften. Besonders herzliche Worte des Dankes fand der Vertreter der Organisation der Lithographen, für die Hermann Müller auch in späteren Jahren, als Arbeit auf Arbeit sich häufte, stets noch immer Zeit übrig hatte, um an den Sorgen und Aufgaben der Lithographen Anteil zu nehmen.

Sehr sympathisch berührte der letzte Gruss des Vertreters der deutschen Arbeitgebergruppe in der Internationalen Arbeitsorganisation, Vogel-Chemnitz. Er schilderte Hermann Müller als einen furchtlosen, aufrechten Kämpfer und lauterer Charakter, als einen Mann, demgegenüber auch der Gegner die grösste Hochachtung empfunden habe. Hermann Müller habe viele Freunde und viele Gegner, aber keinen Feind gehabt.

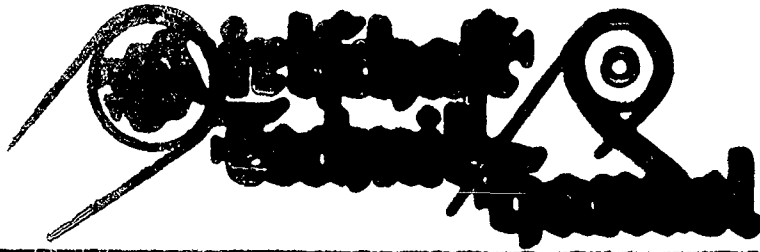
Langsam senkten sich die Sturmfahnen der Arbeiterbewegung, nachdem "Ueber allen Wipfeln ist Ruh" verklungen war, über dem in die Tiefe sinkenden Sarg. Als die Tränen der Hinterbliebenen dem Vater nachstürzten, zerrte es an manchem Herzen.

Hermann Müller ist nicht mehr. Und doch lebt er, wie es im letzten Gruss der sozialdemokratischen Partei an den Dahingeschiedenen heisst - er lebt fort in dem grossen Befreiungswerk der Arbeiter, er lebt in den Herzen, die dieses Befreiungswerk fortführen und vollenden.

SPD. In Frankreich hat die sozialistische Kammerfraktion beschlossen, zu dem kürzlich von der Regierung dem Parlament unterbreiteten Gesetzentwurf über die Ausführung grosser öffentlicher Arbeiten im Betrag von sieben Milliarden Francs einen Gesetzentwurf einzubringen, der einen auf fünf Jahre verteilten Arbeitsplan in Höhe von 30 Milliarden Francs vorsieht. Diese Summe soll durch mehrere Emissionen von vierprozentigen Obligationen aufgebracht werden, die in 30 Jahren zu tilgen sind. Auf diese Weise soll zugleich die Zurückhaltung der Banknoten und die sich daraus ergebende Stilllegung grosser Kapitalien bekämpft werden.

SPD. Der Abwehrkampf bei der Porzellanfabrik Christian Seltmann in Weiden wurde durch Vermittlung des Bürgermeisters nach zweitägiger Dauer auf dem Verhandlungswege beendet. Die Firma nahm davon Abstand, von einem Notverordnungsabzug Gebrauch zu machen, sodass die Arbeit bis zum 21. November wieder restlos aufgenommen wird. Massregelungen dürfen nicht vorgenommen werden. Soweit die Möglichkeit vorliegt, soll im Betrieb über etwaige Lohn-erleichterungen noch verhandelt werden. Da Seltmann bereits im vergangenen Jahre mit als erster in der Porzellanindustrie die übertariflichen Akkordverdienste und Zeitlöhne herabsetzte, wird kaum noch die Möglichkeit zu weiteren Lohnerleichterungen vorhanden sein.

Der Kampf war eine geschlossene, einmütige Auflehnung gegen die diktatorischen Fabrikantenallüren der Gebrüder Seltmann und kann als gewerkschaftlicher Erfolg angesprochen werden.



Papenbilanz.

Von Fritz Naphtali.

SPD. Das Kabinett der Freiherren und Barone ist zurückgetreten. Ob damit das System der "autoritären" Baronsregierung schon sein Ende gefunden hat, bleibt abzuwarten. Aber gerade, wenn man sich darüber im klaren ist, dass es auf die Abkehr vom System und nicht auf die Auswechslung einiger Personen ankommt, besteht Anlass, eine Bilanz der wirtschaftspolitischen Leistungen der Papen-Regierung zu ziehen. Diese Bilanz entspricht insofern dem Bild zahlreicher privatwirtschaftlicher Bilanzen in dieser Krisenzeit, als sie mit einem erheblichen Passivsaldo abschliesst.

Die Regierung Papen hat bei ihrem Antritt den Kampf gegen den Wohlfahrtsstaat proklamiert und man muss anerkennen, dass sie mit dieser Parole durch den Abbau der Arbeitslosenunterstützungen und durch die Kürzung der Renten der Kriegs- und Arbeitsinvaliden Ernst gemacht hat.

Die Regierung Papen hat bei ihrem Antritt das Ende der Deflationspolitik verkündet und sie hat es offenbar mit dieser Parole für vereinbar gehalten, nicht nur die Einkommen der Unterstützungsempfänger herabzudrücken, sondern auch eine Reihe von neuen staatlichen Massnahmen zur Fortführung des Lohndrucks zu ergreifen, so dass das proklamierte Ende der Deflationspolitik in einer verschärften Senkung des Masseneinkommens zum Ausdruck gekommen ist.

Die Regierung Papen hat bei Beginn ihrer grossen "kapitalistischen" Offensive den Anschluss der deutschen Wirtschaftsbewegung an die weltwirtschaftliche Erholung proklamiert und sie hat eine Politik getrieben, die die Absperrung der deutschen Ausfuhr von den Auslandsmärkten auf vielen Gebieten verschärft hat. Gerade in dem Augenblick, in dem diese Bilanz zu ziehen ist, stellt ein für die deutsche verarbeitende Industrie so wichtiger Zweig wie der Maschinenbau fest, dass auf Grund der derzeitigen deutschen Handelspolitik die Beschäftigung für das Ausland im Maschinenbau stärker sinkt als die Inlandsbeschäftigung wächst. Aus der Gegenläufigkeit von steigenden Anfragen und sinkenden Bestellungen der Auslandskundschaft ergibt sich, dass die Ausnutzung der günstigen Absatzmöglichkeiten für Deutschland, insbesondere durch die Kontingentierungspläne verhindert wird. Das ist der Anschluss an die Besserung der Weltmarktlage in der Praxis!

In der Tat ist das Kapitel der Kontingentierungspläne für die deutsche Lebensmitteleinfuhr die wirtschaftspolitische Meisterleistung der Freiherrnregierung gewesen. Hier hat man es fertig bekommen, um dem Drängen agrarischer Interessentenkreise nachzugeben, eine handelspolitische Absperrungspolitik anzukündigen, die man zwar gar nicht durchführen konnte, die deshalb auch nicht einmal einem engen Interessentenkreise Nutzen bringen konnte, die aber schon allein durch ihre Ankündigung und die fuchtlose europäische Bundreise der "Tomatenkommission" für die deutschen Exportmöglichkeiten und damit für die Beschaffung deutscher Industriearbeit einen ganzen Haufen von Porzellan zerschlagen hat.

Während man so die Belebung von industriellen Arbeitsmöglichkeiten durch

handelspolitischen Unfug verhinderte, suchte man auf der anderen Seite durch die grosszügige Verausgabung der Steuergutscheine an die Unternehmer und durch die Gewährung von Einstellungsprämien mit weiteren Steuergutscheinen die grosse Ankurbelungsaktion durchzuführen. Das bisherige Ergebnis war kläglich. Auf Grund einer Statistik, die durch die verschärfte Aussteuerung von Arbeitslosen aus dem Unterstützungssystem die Zahl der Arbeitslosen herabdrückte, konnte man als bisheriges Gesamtergebnis die Verminderung um einige zehntausend Arbeitslose von dem Heere der 6 Millionen verkünden. Selbst wenn ein Teil dieser Besserung nicht nur statistisch, sondern echt ist, bedeutet das herzlich wenig. Es ist auch ein schwacher Trost, wenn man den günstigeren Verlauf der letzten Monate des Jahres 1932 dem gleichen Monaten des Jahres 1931 gegenüberstellt, die Monate der ausgesprochenen Krisenschärfung nach dem Bankenkraich im Juli 1931 gewesen sind.

Bedenkt man, dass die mühselig errechneten Ankurbelungserfolge auf der anderen Seite erkauft sind durch eine gewaltige Vorbelastung der öffentlichen Finanzen durch die Steuergutscheine in den kommenden Jahren, bedenkt man weiter, dass die Papenregierung selbst mit einer sicherlich zu bescheidenen Schätzung das Defizit des Reichs für das laufende Haushaltsjahr kürzlich auf 800 Millionen veranschlagen musste, so wird man nur feststellen können, dass die Wirtschaftspolitik der Freiherrnregierung genau so zu einem Fiasko geführt hat wie ihre allgemeine "autoritäre" Politik.

Fortschritte, Fortschritte von beachtlichem Umfang hat die Papen-Regierung nur auf einem wirtschaftspolitischen Gebiet erzielt, nämlich in der Erhöhung der Subventionen, die einzelnen Interessentengruppen aus dem grossen Portemonnaie des Reiches gezahlt worden sind. Es ist kaum nötig festzustellen, dass hier an der Spitze entsprechend den junkerlichen Beziehungen wiederum die Summen stehen, die der Erhaltung des Besitzes der Grössagrariere dienen.

Geschenke für die Unternehmer, Lohndruck für die Arbeiter, Subventionen für die Grossinteressenten, die am lautesten schreien, und Rentenkürzungen für die Ärmsten der Armen, dazu eine Handelspolitik, die, von nebelhaften Autarkievorstellungen beeinflusst, der Landwirtschaft nicht nützt, aber der Exportindustrie die Märkte verdirbt. So sieht die Politik einer Regierung aus, die ihr Mandat nicht vom Volke, sondern aus "höheren Sphären" empfängt. Nach diesem Verlustabschluss kann die Sanierung nicht durch die Auswechslung des einen oder anderen Klubmitgliedes erfolgen, sondern wirksam nur durch eine Generalabkehr von dieser Wirtschaftspolitik der Junker und Barone.

SPD. Der Rücktritt der Regierung Papen ist am Freitag spurlos an der Berliner Börse vorübergegangen. Die Tendenz hatte sich am Freitag gegenüber den Vortagen kaum geändert. Die Aktienmärkte lagen eher freundlicher, während der Rückgang an den Märkten für festverzinsliche Papiere anhielt. Siemens konnten z.B. $2\frac{1}{2}$ % gewinnen. Im grossen und ganzen betrug der Kursaufschlag am Aktienmarkt etwa $\frac{1}{2}$ %, Pfandbriefe verloren 1 %, Stadtanleihen ungefähr 2 %. Kommunalobligationen büssten $\frac{1}{2}$ % ein. Steuergutscheine blieben, da sie stark gestützt werden, unverändert. Das Geschäft war, besonders an den Aktienmärkten, äusserst gering. Von der Schrumpfung des Geschäfts zeugt am besten die Tatsache, dass für einen grossen Teil der Aktienwerte Schlusskurse nicht festgestellt werden konnten.

SPD. Die verschiedenen Unternehmerorganisationen bemühen sich seit einiger Zeit, die Wähler, die bei den letzten Wahlen antikapitalistisch gestimmt haben, in Wort und Schrift von der Vorzüglichkeit des privatkapitalistischen Wirtschaftssystems zu überzeugen. Die Brüchigkeit der dabei angewandten Argumentation geht deutlich aus einem Vortrag hervor, den der Geschäftsführer des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Dr. Herle, am Freitag im Haus der Technik in Essen a.d. Ruhr hielt.

Selbstverständlich, so meint Herle, ist der Privatkapitalismus an der gegenwärtigen Krise und an dem Fehlschlag der Rationalisierung völlig unschuldig. Wirtschaftszerstörende Machtpolitik und Parteienpolitik - bei anderen Gelegenheiten hört man an dieser Stelle wohl das Wort Marxismus - hätten die Privatwirtschaft daran gehindert, den Wiederaufbau der Weltwirtschaft kurz und schmerzlos zu vollziehen. An den beispiellosen Fehlinvestitionen, wie wir sie bei fast allen unseren Grosskonzernen festzustellen haben und die die Krise erst verursachten und masslos verschärften, seien ebenfalls nicht die unumschränkt herrschenden Generaldirektoren und die deutsche Kreditpolitik schuld, über deren Unsinnigkeiten und Verkehrtheiten jetzt wohl allgemeine Uebereinstimmung herrscht, - sondern - man höre und staune, - die Lohnforderungen der Arbeiterschaft. So malt sich also die kapitalistische Krise im Kopfe eines der ersten Vertreter des deutschen Unternehmertums.

Dem entspricht das Rezept, das der deutsche Privatkapitalismus für die Krisenüberwindung anbietet. Gegenüber der Ueberbürokratisierung und der Schwerfälligkeit des deutschen Konzernkapitalismus, dem im Geflecht von Syndikaten, Kartellen und Preiskonventionen die Initiative völlig abgestorben ist, wagt Herle das gegenwärtige, um Staatssubventionen bettelnde Unternehmertum als initiativ- und risikofreudig zu bezeichnen.

Wer die Dinge so verkennt wie Dr. Herle, der kann auch nur davon sprechen, dass die Krise "nicht durch eine bessere Einkommenverteilung", also durch Steigerung der Kaufkraft, gelöst werden könne, sondern "von der Produktivseite her". Herr Herle wünscht also eine gesteigerte Produktion und weiteren Lohnabbau bei den Massen, wobei sich jeder fragen wird, wie unter diesen Voraussetzungen die gesteigerte Produktion aufrecht erhalten werden kann.

Die deutschen Unternehmerverbände werden sich sagen müssen, dass mit derartigen Ungereimtheiten, wie sie Herle in Essen vortrug, die antikapitalistischen Wähler nicht kapitalistisch werden.

SPD. Seit langer Zeit weist der Ausweis der Reichsbank wieder einen Verlust in der Währungsreserve nach. Die Bestände an Gold und deckungsfähigen Devisen verringerten sich um 9,4 Millionen auf 929,7 Millionen Mark. Die Verringerung soll im Zusammenhang mit der teilweisen Rückzahlung eines Amerikakredits stehen. Die Goldbestände nahmen um 7,9 auf 825,2 Millionen Mark zu, während die Bestände an deckungsfähigen Devisen sich um 17,3 Millionen Mark auf 104,5 Millionen Mark verringerten. Die Ausleihungen der Reichsbank zeigen eine Abnahme um 108,5 Millionen Mark auf 3147,8 Millionen Mark. Damit stellte sich die Deckung der Noten für Mitte November auf 27,2 % gegen 26,8 % am Ende der Vorwoche.

Neben der Rückzahlung des Lee Higginson-Kredits enthält der diesmalige Reichsbankausweis noch eine andere Sensation. Unter den Kapitalanlagen werden Effektenbestände in Höhe von 32,5 Millionen Mark aufgeführt. Die Erhebung dieser Bestände hängt mit der beschleunigten Durchführung der Osthilfeaktion zusammen, die auf dem Rücken der Reichsbank vollzogen wird.

SPD. Die im Reiseverkehr mit der Schweiz geltenden Devisenbestimmungen erfahren vom 17. November ab eine weitere Erleichterung. Es ist nunmehr möglich, ohne Genehmigung einer Devisenbewirtschaftsstelle bei einer Vertretung des Mitteleuropäischen Reisebüros oder bei dem Amtlichen Reisebüro der Schweizerischen Bundesbahnen in Berlin Reisekreditbriefe oder Hotelgutscheine bis zum Betrage von 500 RM, neben dem die Freigrenze in Anspruch genommen werden kann, je Kalendermonat zu erwerben. Der Erwerb wird im Pass vermerkt. Die Reisekreditbriefe sind jedoch nicht übertragbar, können also nur vom Erwerber selbst und nur in der Schweiz eingelöst werden; sie haben ferner nur eine Laufzeit von 3 Monaten. Es wird besonders darauf hingewiesen, dass nicht verbrauchte Beträge 3 Tage nach Beendigung der Reise der zuständigen Reichsbankanstalt anzubieten sind und dass die Beträge nur zur Bestreitung der Aufenthaltskosten in der Schweiz Verwendung finden dürfen.

SPD. Als die Reichsregierung vor ungefähr einem halben Jahr die Aktienmehrheit der Geisenkirchener Bergwerks A.G. aufkaufte und damit massgebenden Einfluss auf den Ruhrtrust, die Vereinigte Stahlwerke A.G., erhielt, erregte dieses Geschenk von ungefähr 100 bis 110 Millionen Mark an die Schwerindustrie - um ein solches handelt es sich ohne Zweifel - in der Öffentlichkeit grössten Unwillen. Vor allem fragte man sich, wie das von der Reichsregierung eingeleitete Abenteuer an der Ruhr unter der "grundsätzlich neuen Staatsführung" überhaupt auslaufe.

Und diese Befürchtungen sind nur allzu richtig. Das Reich hat - lang ist es her - eine Ueberprüfung beim Stahlverein angeordnet. Was schon angesichts der Gerüchte, die überall von Ohr zu Ohr über den Stahlverein umgehen, nur selbstverständlich ist. Aber diese vom Reich angeordnete Ueberprüfung war von Anfang an eine eigenartige Angelegenheit. Erst verlor man viel Zeit mit der Auswahl des Mannes, dem man die Ueberprüfung anvertrauen wollte, und einigte sich schliesslich auf den Geheimrat von Flotow, einen Berliner Finanzier, von dem man annehmen konnte, dass er den Grossen an der Ruhr nicht wehe tun möchte. Des andern hat der Prüfungsbericht des Herrn von Flotow lange, recht lange auf sich warten lassen. Jetzt kann Hugenbergs Nachrichtendienst über die Grundlinien der Flotow'schen Montanprüfung berichten. Wenn das, was dieser Dienst über den Flotow'schen Bericht mitteilt, wirklich in diesem Bericht stehe, dann muss man schon sagen, der Herr Geheimrat hat seine Aufgabe völlig verkannt. Er hat keinen Prüfungsbericht geliefert, sondern eine Ruhrhumoreske.

Von dem Tag an, wo der Ruhrtrust gegründet wurde, war sich alle Welt über die Ueberkapitalisierung der Ruhrtrusts einig. Man war sich klar darüber, dass die falsche finanzielle Konstruktion des Ruhrtrusts nicht nur das Eisen in Deutschland verteuern müsse, sondern dass es auch den Vereinigten Stahlwerken nicht möglich sein würde, die aufgenommenen Schulden in Höhe von über 1/2 Milliarde Mark zu verzinsen und auf das Kapital von fast 800 Millionen Mark eine Dividende zu zahlen. Diese Auffassungen über die Ueberkapitalisierung und die Fehlinvestitionen beim Ruhrtrust sind, wir betonen des noch einmal, gerichtsnotorisch. Was soll aber, nach der Hugenbergschen Telegraphen Union, im Flotow Bericht stehen? Nichts anderes als folgendes: Von Unrentabilität und Ueberkapazität könne im Stahltrust keine Rede sein. Die Lage der Vereinigten Stahlwerke sei lediglich bestimmt durch die Beschäftigungsquote. Wenn die Beschäftigung einigermaßen gesichert sei, spiele die Zinsbelastung im Vergleich zu den Selbstkosten keine grosse Rolle mehr. Für ein besonderes Werk, das Werk in Hamburg, heisst es: Die Selbstkosten seien ausserordentlich niedrig. Die Beschäftigung sei aber so

stark zurückgeschraubt worden, dass die Werke nicht mehr rentbale hätten arbeiten können usw.

Wir bezweifeln vorläufig, dass dieser Unsinn wirklich in dem Flotowschen Bericht steht. Wir haben zwar unter der "autoritären" Regierung vielen Unsinn hinnehmen müssen. Aber dass man einem intelligenten Volk von 63 Millionen Menschen zutraut, an einen solchen Blödsinn zu glauben, halten wir schlechterdings für unmöglich.

Anders liegt es - auch das soll im Flotowbericht stehen - um ein Projekt, die Beteiligung des Reichs am Ruhrtrust abzulösen. Und zwar in der Weise, dass das Reich für diese Beteiligung die Essener Steinkohlenwerke übernehmen soll. Wenn wir die Bedeutung und die Wichtigkeit der Essener Steinkohlenwerke gegenüber dem Stahltrust abwägen, so würde das Reich, wenn es auf diesen Vorschlag eingeht, das Erstgeburtsrecht gegen eine Linsensuppe losschlagen. Aber die schwerindustriellen Drahtzieher glauben wohl in der "autoritären" Regierung ihren Esau gefunden zu haben.

SPD. Die Rheinische Metallwaren- und Maschinenfabrik in Düsseldorf (Rheinmetall), auf die das Reich massgebenden Einfluss genommen hat, bringt das Kunststück fertig, bei verringertem Umsatz und bei gleichbleibenden Abschreibungen fast denselben Reingewinn zu erzielen wie im Vorjahr. Für das Jahr 1930/31 ergab sich ein Reingewinn von 395 000 Mark; diesmal stellt er sich auf nicht ganz 390 000 Mark, wovon 300 000 dem Reservefond und 90 000 der neuen Rechnung zugeführt werden. Der Umsatz wird für das verflossene Jahr mit 27,9 Millionen Mark angegeben gegenüber 32,2 Millionen und 45 Millionen Mark in den beiden Vorjahren. Bemerkenswert ist, dass die Schulden der Gesellschaft sich um 4,6 Millionen Mark verringert haben. Für das neue Geschäftsjahr stellt das Unternehmen eine leichte Geschäftsbelegung fest. Die Belegschaft hat sich um 530 Köpfe auf 4 727 gesteigert.

Berliner Milchpreise.

SPD. Milchpreise für die Zeit vom 18. bis 24. November: in Reichspfennig je Liter. Trinkmilch 13,85, dazu treten folgende Zuschläge: für tiefgekühlte Milch 0,05, für molkereimässig bearbeitete Milch 1,75.- Werkmilch 9, tiefgekühlte Werkmilch 9,5. Die Preise gelten bis auf weiteres für Vollmilch mit einem Fettgehalt von 3 % und von handelsüblicher Sauberkeit frei Rampe Berlin. Für Milch unter 3 % Fett werden für jedes fehlende ein Zehntel Fettprozent Abzüge in Höhe von ein zwei Zehntel Rpf vorgenommen. Bei Milch, die der handelsüblichen Sauberkeit nicht entspricht, wird ein Abzug von 0,5 Rpf je Liter gemacht. Die Wochenziffer ist gemäss der Kontingenzordnungsordnung für die Milchlieferung ab Freitag, den 18. Nov., auf 78 % festgesetzt.

SPD. Amtliche Berliner Kartoffelpreisnotierung in RM je Zentner waggonfrei märkischer Station: Weisse 1,10 - 1,20, Rote 1,25 - 1,30, Odenwälder Blaue 1,10 - 1,20. Andere Gelnfleischtige 1,30 - 1,35, Fabrikkartoffeln 8 Rpf je Stärkeprozent frei Fabrik.

Stärkeres Angebot.

(Berliner Getreidebörse vom 18. November)

SPD. Auch am Freitag konnten die Stützungsstellen am Lieferungsmarkt einen weiteren Rückgang der Preise nicht aufhalten. Sowohl in Weizen als auch in Roggen gab es um 1,5 Mark verringerte Notierungen. Einen stärkeren Rückgang wies bei Roggen die Dezembernotierung auf, obwohl die Stützungsstellen gerade hier grössere Mengen des Angebotes aufnahmen. Hafer lag am Lieferungsmarkt matt. Auch am Promptmarkt zeigte sich grössere Abgabeneigung, die aber auf starke Zurückhaltung der Käufer stiess. Weizen, Roggen und Hafer verloren 2 Mark. Besonders in Roggen war das Angebot sehr stark. Die Stützungsstellen mussten in grösserem Ausmasse eingreifen. Im Mehlgeschäft gab es trotz Preisnachlasses keine Belebung.

	17.11.	18.11.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	197 - 199	196 - 197
Roggen	156 - 158	154 - 156
Braugerste	170 - 180	170 - 180
Futter- und Industrierogerste	161 - 168	161 - 168
Hafer	129 - 134	127 - 132
Weizenmehl	24,40 - 27,25	24,25 - 27,10
Roggenmehl	20,20 - 22,50	20,00 - 22,25
Weizenkleie	9,35 - 9,70	9,35 - 9,70
Roggenkleie	8,60 - 8,95	8,60 - 8,95

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Dezember 206 (Vortag 207½), März 207½ - 208 (209½), Mai 212 - 212½ (213½). Roggen Dezember 165 - 165½ (166½), März 168½ - 169 (169½), Mai 173 - 173½ (173¾). Hafer Dezember 132½ - 133½ (-), März 135½ - 136¼ (137). Mai - (141¼).

Berliner Viehmarkt.

(18. Nov.)

SPD. Bei glattem Handel wurden auf dem Schweinemarkt die alten Preise bewilligt. Der Auftrieb betrug ungefähr 7 500 Tiere. Auf dem Hammelmarkt konnten prima Lämmer bessere Preise erzielen. Im übrigen genügte der Auftrieb. Gesucht waren am Kälbermarkt erstklassige Tiere. Der Handel war bei nachgebenden Preisen ruhig. Auf dem Rindermarkt genügte der Auftrieb.

Notierungen. Schweine: a) über 300 Pfund 43 - 44 (-), b) 240 - 300 Pfd. 42 - 44 (42-44), c) 200 - 240 Pfd. 40 - 32 (40-43), d) 160 - 200 Pfd. 38 - 39 (37-39), e) 120 - 160 Pfd. 34 - 36 (34-36), Sauen 36 - 38 (35-38). Kühe: a) 24 - 26 (-), b) 20-22 (20-22), c) 16-18 (16-18), d) 11-15 (11-15). Kälber: a) - (-), b) 40- 48 (42-50), c) 28-42 (32-45), d) 16 -25 (16-25). Schafe: a) - (-), b) 28- 30 (31-32), c) 24-27 (23-26), d) 15 -23 (14-21).

SPD. Berliner Butterpreise vom 18. November. Amtliche Notierung ab Erzeugerstation, Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten: I. Qualität 115, II. 105, abfallende Sorten 96 R. Tendenz: Fest.

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.F.D.

Berlin, den 18. November 1932.

Die Cedernadeln.^x

Von Valentin Katajeff.

SPD. Lärmend stürmte Sonkin ins Zimmer des Trustdirektors. Der Direktor war eben dabei, an zwei Telefonen Verhandlungen zu führen. Zugleich trank er Tee, ass dazu runde Brezeln und addierte auf der Rechenmaschine. Dies alles betrieb er mit verquältem Gesichtsausdruck. Erstaunt musterte er den hereinstürmenden Sonkin.

"Guten Tag! Mein Name ist Sonkin. Wollen Sie etwas verdienen?"

"Ja", sagte zerstreut der Direktor, der kaum verstand, was jener mit ihm sprach.

"So stellen Sie einen Vorschuss auf 5000 Goldrubel aus, und inein paar Tagen haben Sie es auf Lager."

"Was werde ich auf Lager haben?"

"Cedernadeln. 150 000 Pud."

"Cedernadeln? Sie sind wohl von Sinnen!"

Sonkin lächelte herablassend. "Ganz recht, Cedernadeln. Aber den Verstand scheinen Sie verloren zu haben."

"Aber, mein Bester, was sollen wir mit Cedernadeln in unserem Fischbetrieb? Und dann, ich bitte Sie, mich nicht zu stören; ich bin beschäftigt... - Ja, ja, ich höre. Hallo! Wer spricht?... Tschervonzen? Keineswegs.... Natürlich... Fische... Hallo!!!!"

Sonkin liess sich gemächlich in den Lehnstuhl fallen und musterte den Hund aus Bronze und den Schreibtisch des Direktors. Der Direktor war fertig mit Telefonieren und befasste sich mit seinem Artikel. Sonkin lächelte mit zusammengekniffenen Augen und rief freundschaftlich: "Sie sollten trotzallem die Cedernadeln kaufen!"

"Wie, Sie sind noch immer hier!" rief der Direktor. "Sie stören mich, Genosse. Sie müssen doch die Aufschrift ander Tür gelesen haben: "Eintritt ohne vorhergehende Anmeldung verboten". Ich bitte Sie, diesen Raum zu verlassen."

Sonkin setzte eine bekümmerte Miene auf. "Und wo steht geschrieben, dass man ohne Anmeldung wieder fortzugehen hat?"

"Kurier, führen Sie den Mann hinaus; er fällt mir auf die Nerven!"

"Nicht nötig, Kurier, ich gehe schon. Auf Wiedersehen, Genosse Direktor! Und vergessen Sie nicht, Sie müssen die Cedernadeln kaufen."

Der Direktor fauchte. Sonkin nickte dem Kurier vertraulich zu und schlüpfte hinaus.

Der Sekretär trat ins Zimmer, beschrieb einen achtungsvollen Bogen mit dem Rücken. Semjon Nikolajewitsch... eine ausserordentliche Gelegenheit - - 175 000 Pud Cedernadeln. Zum Schleuderpreis. 30 % Gewinn sind sicher. Mit 5000 Rubel Vorschuss...."

Der Direktor sperrte die Augen auf. "Wie, noch einmal die Cedernadeln! Aber, mein Lieber, was soll der Trust "Krebse und Fische" mit Cedernadeln?" Der Sekretär zuckte die Achseln. "'s ist aber vorteilhaft."

"Inwiefern denn?"

"Es ist halt so."

Der Direktor griff sich an den Kopf. "Lassen Sie mich endlich in Ruhe; ich brauche keine Cedernadeln. Sie können gehen." Der Sekretär lächelte weh-

mütig. "Wie Sie befehlen. Aber Sie sollten trotzdem die Cedernadeln ankaufen."

Des Direktors Kopf vergrub sich in die Papiere.

Auf Zehenspitzen trat der Kurier ein. Sorgsam stellte er ein Glas Tee mitten auf die Schriftstücke und murmelte schüchtern: "Genosse Direktor, Sie müssen die Cedernadeln kaufen."

"Hinaus", brüllte der Direktor.

Das Telefon läutete. Der Direktor riss den Hörer herunter. Aus dem Apparat ertönte eine dünne Stimme: "Sie müssen die Cedernadeln kaufen." Der Direktor zertrümmerte den Hörer an der Stuhllehne. Dann rannte er heim. "Manja, sie haben mich halbtot gemartert. Ist das Mittagessen fertig?" Die Frau des Direktors nahm den neuen Hut, den sie eben probierte, vom Kopfe, schaute ihrem Ehemann zärtlich in die Augen und sagte leise mit gesenkten Lidern: "Mein Lieber, Du musst die Cedernadeln kaufen". Bewusstlos schlug der Direktor lang auf den Boden.

+ + +

"Nun, wie geht's?" fragte der Arzt, während er den direktorlichen Puls fühlte. "Danke, leidlich", sagte der Direktor mit mattem Lächeln. "Ich hoffe, die Cedernadeln müssen nicht gekauft werden." Der Doktor hob den Zeigefinger kerzengerade hoch: "Das ist es eben, die Cedernadeln müssen gekauft werden." Da brach der Direktor in lautloses Weinen aus: "Herr des Himmels, was soll ich mit 175 000 Pud Cedernadeln? Wären es wenigstens Grammophonadeln! Aber ausgerechnet Cedernadeln!"

Vom Salon her rief der Papagei in kurzen Abständen: "Sie müssen die Cedernadeln kaufen."

Der Direktor schlief in dieser Nacht schlecht. Er sah im Traume eine Feuerleiter, die immerzu auf ihn einredete: "Sie müssen die Cedernadeln kaufen, verstanden!"

Am nächsten Morgen kam der Direktor zusammengesunken und abgemagert ins Büro. Frohgemut nahm der Schweizer ihm den Mantel von den Schultern. "Nun, haben Genosse Direktor die Cedernadeln zu kaufen geruht?" Der Direktor stürzte in sein Arbeitszimmer und schrie mit heiserer Stimme: "Schon recht, hol Euch der Teufel! Man mag den, Na, wie hiess er doch ..., den mit den Cedernadeln... Mankion... rufen. Ich werde kaufen."

"Ich bin bereits hier", sagte Sonkin mit zarter Stimme, hinter dem Schreibtische hervorkriechend. "Hier ist die Anweisung auf 5000 Goldrubel. Unterschreiben Sie! In ein paar Tagen haben Sie sie auf Lager. Danke! Mein Name ist Sonkin; vergessen Sie ihn nicht." Und Sonkin empfahl sich eiligst, die Anweisung in der Hand schwingend. Der Direktor aber schluchzte dumpf auf.

+ + +

Fortsetzung dieser Angelegenheit in den Gerichtsspalten einer beliebigen Zeitung.

(Deutsch von Wanda Waldenburg.)

Schattenloses Land.^x

Aus einem Tagebuche.

SPD. Sidi Lesgher, den 7. August 19.

Die Wüste dehnt sich unendlich weit in den Tag hinein. Heiss brennt die Sonne. Kein frisches Grün, kein Wasser, nur Sand. Gelbbrauner, wandernder, singender Sand in endlosen Dünen und Wellen. Und Totenstille, die nur der schwingende Glockenton des Leitkamels bewegt.

Hintereinander gebundene Kamele gehen auf schmalen Pfaden voraus. Knirschend stampfen sie im Sande, wie durch tiefsten Schnee. Der Himmel scheint in Flammen aufzugehen. Der Sand flimmert weiss. Am Horizont reiht sich Hügel

an Hügel. Kahle, abgeschliffene Gipfel zeichnen sich in den glasklaren Himmel hinein. Der Sand wird fleckig wie das Fell der Hyänen. Flechten! Ein ungeheures Land ist diese Wüste, das in ergreifender Unbewegtheit seiner Zukunft harret.

Die Unbewegtheit der Erde teilt sich dem Himmel und den Menschen mit, die in schlaffer Reglosigkeit verharren. Der Ritt in die Mittagsnähe wird unerträglich. Alles ist lästig; selbst der Zeltschatten ist voll drückender Schwüle, die jede Bewegung schmerzhaft macht.

Der glimmende Sand auf den Kämmen zerfällt zu Asche, wirbelt langsam, in winzigen Sandhosen, auf und lässt die feinen Trichter wie einen Vorhang hinter die Dünen niederfallen. Das geschieht rasch und unvermittelt, während ringsum kein Lufthauch spürbar ist und der singende Ton des wandernden Sandes das Gehör kaum erregt. Wegspuren heben sich deutlich ab. Die Sandwirbel kündigen die Nähe wassergetränkter Landes!

Die Tiere haben Witterung, sind unruhig und saugen in seltsam schluchzenden Zügen die Luft ein. Schneller schwanken sie dahin, ohne den keifend gellen Anruf der Berber. Ueber dem Horizont steht ein dunkler Streifen, die Oase. Die Tiere stürmen voran, jagen hoch erhobenen Kopfes in schwerfälligem Trott dem fernen Ziele zu. Das Wasser wirkt Wunder!

Wie ein vergessenes Heiligtum liegt die Oase im heißen Schweigen der gelben Wüste geborgen. Ein langer, ovaler Tempel aus Grün und Braun. Im Schatten der Palmkronen rasten die Kamele. Mit schluckenden Bewegungen fallen sie in die Kniee. Am Abfluss des grossen Brunnens liegen die Lagerplätze, umschwärmt von Eingeborenen, deren angenehmerte Haut durch lange, zerschlissene Gewänder blackt. Fünfmal am Tage sprechen sie ihre Gebete Mekka entgegen aber wenn sie ins Lager kommen, um Handel zu treiben, kennen sie Allahs Gebote nicht mehr.

Die erregenden Laute der Karawanenankunft sind erstorben. Die Hunde schlagen mit wütendem Gekläff an. Hornstösse wehen herüber und kommen näher. Clairons, deren wirbelnde Triller nahende Soldaten ankünden. Magisch stehen die Hornrufe in der Luft und brechen ihr helles Echo im Gefieder staubzerfressener Palmen. Erschreckt steigen die Geier auf.

Das ganze Oasendorf ist auf den Beinen. Der Älteste begibt sich mit einigen Männern nach dem Dorfeingang. Leicht wehen die Burnusse im Windhauch. Imposant und schmutzig schreiten die Männer dahin, in Ehrfurcht begleitet von einer Schar nackter, brauner, wollhaariger Kinder, die Backschisch wittern. Die Clairons klingen wieder. Ueber die letzten Sandhügel schieben sich die Soldaten heran. Legionäre! Sie marschieren in den Schatten der Oase. Gewehrpyramiden wachsen aus den Boden; abgeworfene Tornister liegen umher, wie nach einem Scharmützel; die Zeltstadt der Legionäre ist erstanden. Alles sucht nach Landsleuten. Das Peloton zählt nur Iren, Dänen, Österreicher und Südländer. Ihre Gesichter sind leer, von tiefer Müdigkeit gerahmt. Die Augen in den braunen Höhlen haben die erregende Weite der Wüste getrunken und sind gesättigt von all den grellen Lichtern und halb geschlossen. Ihre schweissnassen Glieder beherrscht Resignation.

Jahrelang dienen die Soldaten der Legion. Manchen zwang die Not europäischer Städte zur Flucht in die algerische Wüste. Dieser oder Jener hat noch andere Gründe, um den strapaziösen Dienst mitzumachen. Ein Hundeleben für ein paar Francs im Monat. Aber keiner klagt. Hoffnung auf Europa kennensie nicht!

Die Sonne neigt sich zur Erde. Der staubumflorte Sonnenuntergang bemalt die fernen Hügel mit öliger Kupferfarbe. Der Abend meldet sich. Im Westen, wo die Sonne hinter der Hügelkette verging, steht noch ein kurzes Glühen, das tief im Lande spürbar ist. Im blauen Schatten der anbrechenden Nacht weicht die Tagesglut von der Oase zurück. Jeder Laut erstirbt. Das wundervolle Licht südlicher Sterne geht am Himmel auf. Ihr bleichvioletter Schein durchleuchtet den Aether. Die Wüste hat ihren flimmernden Rand an die Nacht

verloren.

Im Lager tönt das rauhehlige Grammophon. Legionäre kommen aus ihren Zelten näher heran und lauschen mit heftiger Neugier alten Schlagern. Drüben, gegen den Abend, lehnt ein Negerweib an den Palmen, ein massiger Haufen nachtschwarzen Fleisches, nach dem sich die Soldaten sehnen. Das Grammophon verstummt. Die breiten Flammenzungen der Lagerfeuer lodern lautlos in die Nacht hinein. Ganz leise, wie sehnsüchtiges Schluchzen eines Kindes nach der Mutter, klingen suchende Akkorde auf, eine Melodie. Fremdartig und doch heimisch. Ein erschütternd wehmütiges Lied. Schwer tönen die Akkorde. Nur eine einzelne Stimme singt, drüben, bei den Legionären. Plötzlich bricht das dunkle Schweige Einer nach dem Anderen fällt ein. Mit verschleierte Augen singendie Legionäre in die Tropennacht hinein. Sie singen, und keiner empfindet die Nähe der Fremden. Die Oede und Freudlosigkeit des Wüstendaseins verliert sich in die dunkle Worte des Liedes. Am ersten Feuer singt ein Legionär zur Negerin hinüber. Deutlich ist die Stimme unterscheidbar. Es ist wie ein Lockruf und Verlangen. Jeder Nerv begreift dieses Lied, in das Legionäre vielsprachig ihre halbbewussten Empfindungen und Gedanken hineinsingen. Die Vaganten der algerischen Wüste denen es gleichgültig ist, was morgen geschieht, die kaum den Willen haben, an Vergangenes zu denken, halten Zwiesprache mit sich selbst. Im Liede allein formen sich Hoffnung und Erinnerung.

Was bewegt in diesen Augenblicken tönender Einsamkeit die Legionäre, deren brandrote Gesichter unbeweglich auf den bordierten Kragen der Waffenröcke sitzen? Immer dasselbe: Zwiespältiges Sehnen nach der Ferne und nach uralter Heimat.

Der Schlaf will nicht kommen. In der Ferne tönt das Singen der Heimatlosen, die nur im Dunkel der Nacht ihren Gedanken freien Lauf lassen, mitten unt Barbaren. Die Schauer der Tropennacht verlieren sich. Der Tag erwacht mit grellen Lichtfontänen. Gross und rot steigt die Sonne über dem Sandmeer auf. Ueber all wieder horizontweites, einförmiges Sonnenflimmern, das der Sand zurückwirft Ueber dem Horizont steht als dunkler Streifen die Oase. Wie einen Abschiedsgruss trillert ein Clairon seinen Ruf herüber. Einen Gruss der Heimatlosen, den die heisse Luft der Wüste echolos verschluckt!

S. Richards.

In der Heimat Eichendorffs.^x

SPD. Einen seltsam fremdartigen Klang hat er für uns, dieser Name des vor 75 Jahren verstorbenen Lyrikers der Romantik. Das Zeitalter, in dem Millionen von Menschen sich in erbittertem Kampfe mit dem Leben herumschlagen, hat den Sinn für den traumhaften Zauber der Mondnacht und das geheimnisvolle Rauschen der Wälder verloren. Wohl singen unsre Schulkinder noch mit hellen Stimmen: "O Täler weit, o Höhen", und "Wem Gott will rechte Gunst erweisen", aber es gibt keine Brücke mehr zwischen dieser Poesie und dem Leben, wie wir es kennen gelernt haben. Die leuchtende blaue Blume der Romantik ist erstarrt in der eisigen Luft der Nachkriegsjahre.

Aber in den uralten schlesischen Laubwäldern, an den stillen, verträumten Ufern der Oder, im Reiche weltenferner Seen und Burgen, da erwacht etwas von dieser Stimmung, von diesem reinen, harmonischen Zusammenklange von Mensch und Natur zu neuem Leben. Die Heimat Eichendorffs hat sie festgehalten, diese zarte, lauschige Poesie, die Leben werden sollte und doch immer wieder scheitern muss an den scharfen Kanten der Wirklichkeit.

Unweit der Kreisstadt Ratibor liegen Schloss und Park Lubowitz, Eichendorffs Geburtsstätte. Auf schlechten, ungepflegten Wegengelängt man dorthin, und der herbstliche Anblick der regenschweren, ärmlichen Gegend verstärkt noch den melancholischen Eindruck, den das Herrenhaus auf den fremden Besucher aus

ubt. Nichts ist mehr von der heiteren Geselligkeit erhalten, die unter dem jungen Eichendorff hier herrschte. Einsam, äusserlich einem leisen, unabwehrbaren Verfall preisgegeben, hinter hohen, unzugänglichen Gittern, liegt Lubowitz.

Aber wenn man dann die Tagebücher Eichendorffs aufschlägt und sich Zeit nimmt, alles das an sich vorübergleiten zu lassen, was diese Jugend von ihrem 10. bis zum 24. Jahre bewegte, dann scheint sich diese wie von Tränenschleiern verhüllte Landschaft geheimnisvoll zu verändern. Die stillen Baumriesen des Parkes weisen stumm auf entzückende, lauschige Winkel, in die sich der junge Eichendorff verkroch, wenn er eine Anzahl von Büchern aus der Bibliothek seines Vaters genommen hatte und sich hier im Park versteckte, bis der strenge Hofmeister ihn aufstöberte und dem Idyll ein Ende machte. Nur wenige Schritte entfernt, hinter rot leuchtendem Herbstlaub strömt hell und schimmernd die Oder vorüber, in deren Strömung sich der Heranwachsende, dem die Wanderlust im Blute lag, jauchzend warf und nicht müde wurde, von Ufer zu Ufer zu schwimmen. Und auf den breiten, baumumsäumten Wegen, auf denen jetzt die letzten, blassen Strahlen der sinkenden Novembersonne liegen, ritt der verliebte junge Dichter in aller Morgenfrühe zu seiner Braut, dem Fräulein von Larisch. Nur in wenigen kurzen Andeutungen, die alles Gefühlsmässige beiseite lassen, meldet das Tagebuch von dieser Zeit, als "Luiska über Tische sang" oder "Louise Gitarre spielte". Kein Wort der Schwärmerei, die durch die Gedichte zieht, nichts vom Schwelgen in träumerischen Stimmungen meldet das Tagebuch, das Eichendorff von einer ganz neuen, den meisten seiner Leser bis heute ganz unbekanntem Art zeigt. In diesen Blättern ist die Ergänzung seines Wesens, durch die er auch uns Heutigen ganz nahe kommt. Und hier finden wir auch die tiefere Deutung dieser Landschaft, dieser Geburtsstätte, wie wir sie heute wiederfinden, in ihrer melancholischen, verarmten, dem Verfall entgegengehenden Gestalt. Dieses Tagebuch ist gleichzeitig die Geschichte Schlesiens, das jedem Zugriff offen lag und unter Krieg, Brandschatzung und Besetzung fast zusehmenbrach. Auch die Familie Eichendorff wurde in den Strudel der politischen Wirren hineingezogen. Die französischen Kriege mit ihren fast unerträglichen Belastungen hatten Schuld auf Schuld gehäuft, und schliesslich mussten sämtliche Güter veräussert werden. Nur Lubowitz blieb der Mutter als Witwensitz erhalten.

Kreuze und Heiligenbilder, Altäre und Kirchen, Klöster und Kapellen begleiten den Wanderer, der die Spuren Eichendorffs, des katholischen Romantikers, aufsucht, soweit sie in seiner Heimat noch zu finden sind. Der Weg vom Geburtsorte nach der Todesstätte ist nicht allzu weit. Wohl umfasst diese kurze Spanne Zeit ein ausgefülltes Menschenleben, Jahre brausender Jugend in Heidelberg und Wien, schwere innere Kämpfe des Willens mit starker Erregbarkeit, die das Tagebuch mit erschütternder Wahrhaftigkeit wiedergibt. Dann abnimmt den Dichter das Land der Berge und Wälder endlich auf immer in seine Arme. Im Bandhause St. Rochus, in der Vorstadt der alten, von Türmen und Zinnen gekrönten Stadt Neisse, schloss der alt gewordene, aber immer noch von Plänen erfüllte Dichter, der gleichzeitig eine lange Beamtenlaufbahn hinter sich hatte, auf immer die nach Schönheit suchenden Augen. An einem rauhen Novembertage betteten ihn seine Kinder auf dem schönen, stimmungsvollen Friedhofe St. Jerusalem zur letzten Ruhe. Sein Grab ist unschwer zu finden. Nur wenige Schritte vom Eingang entfernt ruht die schwere Doppelplatte, die seinen Namen mit dem seiner Frau Luise vereinigt.

Die Städte Ratibor und Neisse ehrten Eichendorffs Andenken durch Denkmäler, die sie dem Dichter schlesischer Landschaftsschönheit widmeten. Der "letzte Ritter der Romantik" ist in seiner Heimat unvergessen. Werden auch wir wieder einmal sorgenlos und unbeschwert zu seinem fröhlichen "Leben eines Taugenichts" greifen, das den Müssiggang, der in unsrer Zeit der Millionenarbeitslosigkeit einen so herben Beigeschmack erhalten hat, mit jugendlichem Frohsinn feiert? Werden seine Novellen "Das Marmorbild" mit der feinsinnigen

Schilderung des "stillsten der Gäste", des Todes, "Das Schloss Dürande" in seiner scharfen Gesamtheit oder sein Roman "Ahnung und Gegenwart" jemals wieder die Grenzen von Schulen und Universitäten überschreiten? Wer mitten in der Gegenwart steht, wird die Frage verneinen müssen. Die Kluft zwischen Romantik und Wirklichkeit ist für die meisten von uns zu gross geworden - nur wenige werden sie überbrücken können. Ein schönes Wort aber, das bis heute unbekannt geblieben ist, können auch wir Heutigen den Aufzeichnungen des Dichters entnehmen und es jedem Jahrhundert aufs neue mitgeben. Es ist die Definition jeder jungen Generation, die nach ihrem inneren Gesetz revolutionär und kämpferisch sein muss: "Jugend ist im Grunde nichts anderes als das noch unzerknitterte, vom kleinlichen Treiben der Welt noch unberührte Gefühl der ursprünglichen Freiheit und der Unendlichkeit der Lebensaufgabe."
Else Möbus.

----- Hauptmann-Ausstellung -----

SPD. Das Lebenswerk eines Dichters sichtbar zu machen, ist nicht leicht. Wir haben es auf Lessing- und Goethe-Ausstellungen erlebt, dass eine Ueberfülle von Geschriebenem und Gedrucktem die Aufmerksamkeit der Besucher, sofern es sich nicht um Spezialkenner handelte, rasch abstumpfte und damit ihren Zweck, in die Breite zu wirken, verfehlte. Derartige literarische Ausstellungen werden leicht allzu papieren.

Die Veranstalter der nun auch in Berlin gezeigten Breslauer Ausstellung zu Ehren Gerhart Hauptmanns haben diese Klippe gemieden, indem sie ihren Gegenstand auf der denkbar breitesten Grundlage aufbauten. Da ist zunächst der schlesischen Heimat des Dichters viel Raum gegönnt. Nicht allein, dass man den Kurort Salzbrunn sieht, die "Krone", das Gasthaus des Vaters Robert Hauptmann, in deren Keller das Urbild des "Fuhrmanns Henschel" hauste, und die Trinkhalle, an deren klassizistischen Formen sich der Junge zuerst für die antike Baukunst begeistern konnte: man erhält interessante Einblicke in die Umwelt des heranwachsenden Dichters. Der Landwirtschaftslehre Hauptmann hat die Welt der Waldenburger Kohlenbauern kennen gelernt, die an ihrem plötzlichem Reichtum zugrunde gegangen sind, wie es uns das kühne Jugenddrama "Vor Sonnenaufgang" darstellt, und ferner die Welt der "Rose Bernd", der unglücklichen Bauernmagd. Das Modell eines sechsspännigen Lastwagens aus der Mitte des 19. Jahrhunderts macht uns mit dem Gewerbe des "Fuhrmanns Henschel" bekannt, des Helden nicht allein einer Familientragödie, sondern auch einer sozialen Tragödie: das Fuhrmannsgewerbe wird seit jenen Tagen durch den langsam vordringenden Eisenbahnbau untergraben. Am gewaltigsten freilich stellt sich der Existenzkampf der Handwerker dar, der zu Hauptmanns weitaus bedeutendstem Werke den Stoff geliefert hat. Seit dem Ende des 16. Jahrhunderts entwickelt sich die Leinenweberei, zuerst in Jauer, dann in Hirschberg; nach dem dreissigjährigen Kriege in Landeshut, Schmiedeberg und Schömburg, einem typischen Weberstädtchen mit einer Arbeitersiedlung, die der "Fuggerei" in Augsburg vergleichbar ist. Zuletzt kommen das Waldenburger Bergland und das Eulengebirge hinzu. Bis zum Ende des 18. Jahrhunderts geht es noch aufwärts. Dann kommen die ersten Absatzstockungen. Napoleons Kontinentalsperre legt die Ausfuhr der schlesischen Leinwand über See brach. Dann werden in den zwanziger Jahren die ersten Maschinen eingeführt, die Handarbeiter immer schlechter entlohnt, die den Landbau längst aufgegeben haben, um dem herrschaftlichen Frondienste zu entgehen. So kommt es nach einigen Missernten 1844 in Langenbielau zur Revolte. Die Gegenüberstellung der elenden Weberkaten, die schlimmer aussehen als Viehställe, mit dem Empirepalast eines Fabrikanten erklärt die furchtbare Erbitterung gegen die "Dreissiger" und Genossen, wie sie im "Weberlied" aufschreibt.

Der geistige Nährboden Hauptmanns ist neben den Stätten seiner Kindheit und Jünglingsjahre mit ihren wirtschaftlichen Problemen der Pietismus, der sich vor allem im Herrenhutertum des Grafen Zinzendorff verkörpert. Die Bilde einer Brüdergemeinde und das Modell von Herrenhut verraten die merkwürdige Mischung von religiöser Inbrunst und militärischer Disziplin. Der Schuster Jakob Böhme, der schon Jahrhunderte früher der eigentümlichen Mystik des schlesischen Volksstammes anhing, schaut aus fanatischen Augen von der Wand herab. Daneben grüssen die Bildnisse der schlesischen Dichter, von Opitz und Gryphius an über den genialen, früh zugrunde gegangenen Christian Günther bis auf Joseph von Eichendorff und Gustav Freytag. Die Mystik hat auch von Gerhart Hauptmann ihre Opfer gefordert: die "Versunkene Glocke", "Hanneles Himmelfahrt", "Der Narr in Christo Emanuel Quint" sind Schösslinge vom pietistischen Baume.

Der Bildhauer Hauptmann ist nicht viel erfolgreicher gewesen als der Oberrealschüler, der in der Quinta sitzen geblieben ist. Es fällt einem schwer, sich den Dichter der "Weber" vorzustellen als genialischen Jüngling mit Schmachlocken und mit Begeisterung für - die alten Germanen. Das war kurz, ehe Felix Dahn als Professor nach Breslau kam. Merkwürdigerweise suchten die Kunstschüler, die sich zu der Vereinigung "Der Zwinger" zusammenschlossen, revolutionär-sozialistische Ideen mit der Begeisterung für die Wotansteutsche zu verbinden, die heute unter den Nazis spukt. Zum Glück ist diese Leidenschaft nicht auch noch in das dichterische Schaffen Hauptmanns eingegangen, sondern nur in das bildhauerische - und dort hat sie weiter keinen Schaden gestiftet, denn die Hauptmannsche Plastik ist herzlich unbedeutend. Fruchtbar waren die Jahre der Breslauer Kunstschule nur, weil sie die Urbilder des "Kollegen Crampton" und des "Michael Kramer" lieferten.

Aus der dann folgenden Berliner Zeit gibt es nicht nur Briefe von dem alten Fontane und von Ibsen, sondern auch urdrollige Photos. Auf einem sieht man, wie Hauptmann und seine Freunde vom jungen Naturalismus ihren Führer Bruno Wille im Gefängnis von Friedrichshagen besuchen. Diese Haft scheint aber nicht gerade tragisch gewesen zu sein, denn die Besucher pflanzen sich ganz ungeniert vor dem vergitterten Fenster des wegen der Erteilung freireligiöser Unterweisung Eingebuchteten auf und - lesen ihm den "Vorwärts" vor! Zu seinem 60. Geburtstag ist der Dichter Arm in Arm mit Friedrich Ebert photographiert. Seine unzähligen impressionistischen und expressionistischen Porträts, u.a. von Liebermann, Orlik, Jäckel, haben zu einer hübschen Karikatur im "Simplissimus" Anlass gegeben: "Aeusserlich werden Sie mir ja immer ähnlicher", sagt Goethe zu dem Fünfzigjährigen, "aber wenn ich mich so oft hätte porträtieren lassen, wann hätte ich dann den "Faust" schreiben sollen?" Ein Werk der bildenden Kunst jedenfalls wird alles überdauern, was sonst im Anschluss an Hauptmanns Person und Dichtung gemalt und radiert worden ist: der "Weber"-Zyklus der Käthe Kollwitz.

Die Verbreitung von Hauptmanns Werken über die Erde ist erstaunlich; ins Jiddische und ins Chinesische hat man ihn übersetzt; der Staatsverlag der Sowjetrepublik ins Russische erst 1930. In Japan hat man ihn aufgeführt, in den Liebhabertheatern amerikanischer Universitäten und in den deutschen Gefangenenlagern des Weltkrieges. Auch das Marionettentheater hat sich seiner bemächtigt. Am erfolgreichsten in Breslau 1913, als Hauptmann mit den entzückenden satirischen Puppen von Ernst Stern unter Reinhardts Regie den Patriotenrummel der Nationalen verhöhnte. Diese Puppen haben dokumentarischen Wert: sie beweisen, wie weit man sich damals in der politischen Kritik noch vorwagen durfte. Heute - herrjemine....

Hermann Hie ber

Die holländischen Juden.^x

----- Spinozas Volksgenossen.

SPD. Holland zählt einen grossen Prozentsatz von Juden unter seinen Bewohnern. Im Jahre 1920 zählte man allein in Amsterdam 68 758 Juden; das waren 101 auf je 1000 Einwohner der Stadt. Wahrscheinlich hängt dies damit zusammen, dass das freiheitliche Holland schon früher den Juden offen stand als andre Länder. Bereits im 17. und 18. Jahrhundert gab es dort kein Zwangsghetto mehr, in dem sie wohnen mussten. Dennoch hat sich ein besonderes Wohnviertel für sie herausgebildet und bis in die Gegenwart erhalten. Einen kleineren Teil der Amsterdamer und holländischen Juden bilden die Nachkommen der seinerzeit am Ende des 16. und Anfang des 17. Jahrhunderts wegen der Religionsverfolgungen aus Spanien und Portugal Ausgewanderten. Den grösseren Teil stellten Flüchtlinge aus Deutschland und Polen. Zu dem spanisch-portugiesischen Kreise gehörten u.a. der Philosoph Spinoza und die Mutter Heinrich Heines, deren Familie dann nach Deutschland gegangen ist. Im Jahre 1612 schon konnten diese spanischen Emigranten ihre erste Synagoge in Amsterdam errichten. Die ersten polnischen Juden, 300 an der Zahl, kamen im Jahre 1656 zu Schiff nach Amsterdam. Diese Stadt ist ja überwiegend protestantisch, und man stellte die Andersgläubigen, Katholiken wie Juden, einander in religiöser Beziehung ziemlich gleich; das zeigte sich auch darin, dass die katholische Gemeinde, als sie im 18. Jahrhundert eine Kirche errichten wollte, einen Platz im Judenviertel zugewiesen erhielt, an dessen Rande sich noch heute die katholische Moses und Aaron-Kirche erhebt.

Die spanischen und portugiesischen Einwanderer brachten eine höhere Kultur mit als die östlichen. Sie stellten auch den wohlhabenderen Teil der Bevölkerung dar, der dann meist nicht in dem alten Judenviertel wohnen blieb. Dies Stadtviertel hat heute noch viele uralte, verfallende Häuser und Gassen, und die Gesundheitspolizei hat in den letzten Jahren eine grössere Zahl davon niederreissen lassen. Es sind Proletarier, die noch in diesem Viertel hausen. Das bedingt für sie ein starkes Gemeinschaftsgefühl, ein proletarisches Klassenbewusstsein. Die Zahl der sozialdemokratischen Wähler ist denn auch in diesem Proletarierviertel höher als in andern Stadtteilen Amsterdams.

H.L.

SPD. Eine Dichterhuldigung.^x Italiener, die vor Jahrzehnten nach Amerika ausgewandert waren und es zu Geld gebracht hatten, besuchten kürzlich ihre alte Heimat. Sie besuchten dabei auch den Nationaldichter d'Annunzio. Sie hatten einen komischen Führer bei sich. Dieser fragte d'Annunzio: "Signore, sind Sie der berühmte Dichter Gabriele d'Annunzio?"

"Ja", nickte der Dichter.

"Meine Herrschaften", sagte der Führer, "das ist der berühmte Dichter Gabriele d'Annunzio."

"Und ist das der Platz, wo Sie Ihre berühmten sämtlichen Werke schreiben?"

D'Annunzio nickte.

"Meine Herrschaften", sagte der Führer, "und das ist der Platz, wo er seine berühmten sämtlichen Werke schreibt."

Damit ging er hinaus, und die Herde folgte ihm.
